



MARBURG MACHEN

SOZIAL – NACHHALTIG – GERECHT

PROGRAMM

DER MARBURGER SPD

2021 – 2026

ZUR KOMMUNALWAHL

AM 14. MÄRZ 2021

MARBURG MACHEN

SOZIAL – NACHHALTIG – GERECHT

Nichts kommt von selbst	3
Marburg mit und nach Corona	6
Marburg machen: Gemeinsam, mit Beteiligung	8
Marburg machen: Demokratisch, ohne Rassismus und Diskriminierung	9
Marburg machen: Sozialer Klimaschutz	12
Marburg machen: Mobilität für alle in ökologischer Verantwortung	15
Marburg machen: Wohnen ist Menschenrecht	18
Marburg machen: Entwicklung der Stadt	21
Marburg machen: Wirtschaft für Innovation und Nachhaltigkeit	25
Marburg machen: Bildung für alle	28
Marburg machen: Sozial, inklusiv, gerecht und miteinander	30
Marburg machen: Jugendliche stärken	33
Marburg machen: Kinder und Familien stärken, Generationen verbinden	35
Marburg machen: Leben im Alter	37
Marburg machen: Kultur für alle	40
Marburg machen: Miteinander in Vereinen und Initiativen	43
Marburg machen: Aktiv und sportlich	45
Marburg machen: Retten – Löschen – Schützen – Bergen	47
Marburg machen: Mit Sicherheit	49

Die Marburger SPD hat dieses Programm gemeinsam mit ihren Mitgliedern erarbeitet auf einem Parteitag am 13. Januar 2021 beschlossen.

NICHTS KOMMT VON SELBST

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden will.“ Diese Worte von Willy Brandt, gesprochen am 15. September 1992, sind heute aktueller denn je. Und sie stehen für den Anspruch der Marburger SPD und der sozialdemokratischen Oberbürgermeister unserer Stadt. Bis heute.

Veränderungen begleiten unser Leben. Doch noch nie in der jüngeren Vergangenheit haben neue Herausforderungen den politischen Gestaltungswillen mehr gefordert als in diesen Jahren. Wir wollen diese Herausforderungen unserer Zeit annehmen und Antworten geben, die auf der Höhe der Zeit sind, weil wir für die Menschen in unserer Stadt Gutes bewirken wollen.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 14. März 2021 bestimmen zwei Themen die Tagesordnung: Die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des von Menschen gemachten Klimawandels. Noch vor wenigen Jahren hätte niemand gedacht, dass dies einmal so bestimmend für unseren Alltag und für das Handeln der politisch Verantwortlichen sein könnte. Wir erkennen aber auch, dass mit diesen Herausforderungen die Fragestellungen nicht an Gewicht verlieren, die bislang im Zentrum unseres Handelns standen – gerade auch für uns Sozialdemokrat*innen.

Mit Beginn des Jahres 2021 sehen wir, dass die Anliegen der Sozialdemokratie nicht an Bedeutung verloren haben. Das Versprechen auf ein gutes, besseres Leben für alle ist noch nicht eingelöst. Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe, gleiche Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gute Bildung und gute Ausbildung, sichere und finanziell auskömmliche Arbeitsplätze, ein friedliches und von gegenseitigem Respekt getragenes Zusammenleben stehen auch 2021 auf der Tagesordnung. Die Corona-Pandemie und der Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels lassen sie in einem neuen Licht erscheinen. Die Zeiten haben sich verändert. Umso mehr müssen wir Antworten geben, die auf der Höhe der Zeit sind. Dafür hat die Marburger SPD dieses Programm zur Kommunalwahl beschlossen.

Mit den Erfahrungen der letzten Jahre, den Blick auf die Corona-Pandemie 2020 /2021 und die Zeit danach wird unser politisches Handeln von folgenden Grundsätzen bestimmt sein:

1. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Errungenschaften, die immer wieder verteidigt werden müssen. Nur damit sind wir in der Lage, die Herausforderungen der

Zukunft im fairen Wettstreit um die besten Lösungen zu meistern. Alle Menschen haben ein Recht auf Beteiligung und Teilhabe.

2. In Marburg gehören alle dazu. Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, die Herabsetzung von Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung, Gesinnung haben in unserer Stadt keinen Platz. Wir stehen füreinander ein. Rechte, demokratiefeindliche Gesinnung hat die Sozialdemokratie schon immer bekämpft und wird dies auch in Zukunft tun. Sollten Rechtspopulisten oder Rechtsextreme in der nächsten Stadtverordnetenversammlung Mandate erringen, werden wir klar und mit eindeutiger Haltung die Auseinandersetzung suchen und niemals gemeinsame Sache machen. Menschen müssen darauf vertrauen können, dass demokratische Parteien gesellschaftliche Vielfalt und Menschenwürde schützen. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

3. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen einsetzen, um die Auswirkungen des von Menschen gemachten Klimawandels zu begrenzen. Wir haben 2020 mit großer Mitwirkung der Menschen den Klima-Aktionsplan für Marburg beschlossen. Der Anfang ist bereits gemacht. Wir werden gemeinsam im Dialog mit den Bürger*innen dafür sorgen, Schritt für Schritt die notwendigen und möglichen Maßnahmen mit Engagement, Kreativität, Ideen und Überzeugungskraft umzusetzen. Die Marburger SPD steht zu dem Ziel, unsere Stadt bis 2030 CO₂-neutral zu machen.

4. Bei allen Maßnahmen zur Umsetzung des Klima-Aktionsplans ist die Marburger SPD der Garant dafür, dass die notwendigen Veränderungen niemanden überfordern. Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Menschen mit kleinem Einkommen gehen. Klimaschutz muss Bezieher*innen von Transferleistungen, Alleinerziehenden oder älteren Menschen mit geringer Rente sinnbildlich die Luft zum Atmen lassen. Klimaschutz muss sozial ausgewogen sein. Nur so können wir die Chancen, die das Umsteuern für den Klimaschutz beinhalten, für alle nutzen.

5. Ein Leben in Armut nimmt Menschen ihre Würde. Armut grenzt Menschen vom Miteinander der Nachbarschaft, dem Engagement im Verein und der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben aus. Davon sind besonders Kinder und ältere Menschen betroffen. Armut macht krank. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren die Möglichkeiten kommunaler Sozialpolitik verstärkt dafür einsetzen, um die Auswirkungen von Armut zu mildern. Wir wollen allen Menschen zur Seite stehen und ihnen zu ihrem Recht verhelfen, gleichberechtigt am sozialen, wirtschaftliche und kulturellen Leben unserer Stadt teilzunehmen.

6. Das Recht auf Wohnen ist die neue soziale Frage. Auch in Marburg. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen, die in Marburg leben möchten, eine bezahlbare und ihren

Bedürfnissen entsprechende Wohnung haben. Deswegen werden wir auch die kommenden Jahre den Wohnungsbau voranbringen und dabei alle Bedarfe im Blick haben – vom sozialen Wohnungsbau über geräumige, barrierefreie Mietwohnungen bis hin zu allen Formen des Gemeinschaftlichen Wohnens und dem Eigenheim.

7. Kein Kind wird zurückgelassen. Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen stemmen, dass der vermehrte Einsatz digitaler Lernmethoden oder Homeschooling dazu führen, dass Kinder und Jugendliche vom Bildungserfolg abgeschnitten werden. Wenn Eltern nicht über die finanziellen Mittel verfügen, die notwendigen Geräte und das dazugehörige Datenvolumen anzuschaffen oder wenn digitale Kompetenzen fehlen, um die eigenen Kinder angemessen unterstützen zu können, dann lassen wir niemanden allein.

8. Die Welt von Morgen wird digitaler sein, auch in Marburg. Wir werden alles daransetzen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Für die Stadtverwaltung und ihren Leistungen für die Bürger*innen, für das Miteinander, für die lokale Wirtschaft und den Einzelhandel, für die Mobilität von und nach Marburg und innerhalb der Stadt. Zugleich werden wir die digitale Spaltung der Menschen nicht zulassen. Niemand wird benachteiligt oder ausgegrenzt, weil er digitale Angebote nicht nutzen kann oder möchte.

9. Voraussetzungen unseres Handelns sind eine leistungsfähige, innovative lokale Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, die weitere Entwicklung der Philipps-Universität zu einem attraktiven, auch international anerkannten Ort der Forschung und des Studiums, die Attraktivität der Stadt mit all ihren Quartieren und Stadtteilen für Menschen aller Generationen und aus den Ländern dieser Welt und nicht zuletzt der Zusammenhalt unserer gesamten Stadtgesellschaft. Das macht die Stärke der Stadt Marburg aus. Das führt zu den finanziellen Möglichkeiten, unsere Ziele umzusetzen. Das macht aber vor allem das aus, was Menschen als Heimat begreifen: Der Ort, an dem ich zuhause bin, anerkannt, gewollt und respektiert. Der Ort, für den sich das gemeinsame Engagement lohnt, so dass wir alle für die ganze Stadt Gutes bewirken.

MARBURG MIT UND NACH CORONA

Das Programm der Marburger SPD ist Ende 2020 erarbeitet worden. Täglich blicken wir auf die Zahl der Neuinfizierten und der Menschen, die an Covid-19 gestorben sind. Wir alle erwarten, dass sich die bedrückende Lage durch die Impfkampagnen entspannt und dass ab dem Frühjahr 2021 eine nachhaltige Verbesserung einsetzt. Schon zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 hat der Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat der SPD Olaf Scholz formuliert, dass das Leben nach Corona in einer „neuen Normalität“ stattfinden wird.

Niemand kann derzeit sagen, wie diese „neue Normalität“ aussehen wird. Niemand weiß, wie die monatelangen Kontaktbeschränkungen unser Verhalten verändern werden. Niemand weiß, wie viele Unternehmen die Pandemie nicht überstehen, wie viele freiberuflich Tätige oder Kulturschaffende ihre Existenz aufgeben müssen oder weiterführen können. Niemand weiß, wie Homeoffice und Homeschooling langfristig für Veränderungen im Arbeitsleben und in der Bildung sorgen werden und niemand weiß, welche Auswirkungen dies alles auf Mobilitätsbedürfnisse haben wird.

Wir in Marburg werden alles daransetzen, die Auswirkungen der Pandemie auch im Jahr 2021 abzumildern. Schon im Frühjahr 2020 haben unser Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies und der Magistrat schnell und beherzt gehandelt. Das Marburger Stadt-Geld war eine wirksame Hilfe für den Einzelhandel. Das Stadt-Geld hat bundesweit Beachtung gefunden, andere Kommunen haben es für sich zum Vorbild genommen. Die Unterstützung des Einzelhandels wurde durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen begleitet, damit Menschen nicht komplett auf den Online-Handel ausweichen, sondern weiterhin nach Marburg kommen und den lokalen Handel unterstützen.

Schulen wurden mit Tablets für den digitalen Unterricht ausgestattet. Weil nicht jede*r mit den neuen Lernformen zurechtkam, haben wir individuelle Nachhilfe-Angebote unterstützt. Mietschulden für Gewerbetreibende in städtischen Gebäuden wurden erlassen oder gestundet. Für die Kultur wurden neue Formate umgesetzt. Die freien Träger konnten darauf vertrauen, dass ihre Förderungen nicht gekürzt werden. Vielmehr gab es zusätzliche finanzielle Hilfe. Alten Menschen, die nicht das Risiko der Fahrt mit dem Bus auf sich nehmen wollten, wurde mit Taxi-Gutscheinen geholfen, damit sie ihre notwendigen Erledigungen oder Arztbesuche durchführen konnten. Insgesamt hat die Stadt Marburg über 3 Millionen Euro für zusätzliche Corona-Hilfen aufgewendet.

Zusätzlich gab es ein breites ehrenamtliches Engagement, den Menschen zu helfen, die wegen Quarantäne-Anordnungen oder weil sie zu einer Risiko-Gruppe gehören nicht mehr ihre Wohnungen verlassen durften oder wollten. Die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt, dass in Marburg alle solidarisch zusammenstehen, wenn es darauf ankommt.

Wir sagen selbstbewusst: Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, wer in dieser Stadt regiert. Wir erinnern uns an Diskussionen in der Stadtverordnetenver-

sammlung, in denen es darum ging, vor der Freigabe der drei Millionen Euro für das Unterstützungsprogramm #MarburgMiteinander erst einmal kleinkrämerisch die Kriterien und Bedingungen zu diskutieren. Die SPD-Fraktion hat hingegen den Standpunkt vertreten, dass die Hilfe schnell bei den Menschen ankommen muss. Wir hatten Vertrauen in die Verwaltung, die die Ideen umsetzen musste, und in unseren Oberbürgermeister, der schnell und zielgerichtet gehandelt hat. Zum Wohl für die Menschen in unserer Stadt.

Für uns ist klar, dass wir auch nach der Kommunalwahl am 14. März 2021 darauf achten, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf das Miteinander in der Stadt, auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze, auf Bildung und Kultur, auf die Familien und das Zusammenleben haben wird. Wir werden aber alles daransetzen, mit unseren Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abgemildert werden. Wenn nötig, werden wir auch kurzfristig ein weiteres Hilfsprogramm #MarburgMiteinander auflegen, um zu helfen, wo wir können.

Wir haben die Kraft dazu, weil wir einen klaren Kompass für unsere Stadt haben. Wir können das leisten, und weil wir in den kommunalen Finanzen gut und vorausschauend gewirtschaftet haben. Wir haben den Mut dazu, weil wir schon in der Vergangenheit gezeigt haben, dass wir Antworten geben können, die auf der Höhe der Zeit sind.

MARBURG MACHEN: GEMEINSAM, MIT BETEILIGUNG

Die Beteiligung der Bürger*innen ist uns wichtig. Wir wollen, dass sich alle in Marburg an den wichtigen Entscheidungen ihre Perspektive und ihre Kompetenzen einbringen können. Wir wollen, dass auch diejenigen beteiligt sind, die oftmals überhört werden. Weil sie sich mit Gremien und Beiräten nicht so gut auskennen, weil Sitzungen immer dann stattfinden, wenn gerade die Familie im Vordergrund steht oder man noch an der Uni oder auf der Arbeit ist.

In der letzten Wahlperiode haben wir in der Stadtverordnetenversammlung mit breiter Zustimmung ein Konzept zur Beteiligung der Bürger*innen beschlossen. Das Konzept enthält Spielregeln, aber vor allem die Kriterien, die eine gute Beteiligung ausmachen: Transparenz, Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und das wirklich ernst gemeinte Bemühen, dass alle – Bürger*innen, Verwaltung und Politik – gemeinsam für die Zukunft unserer Stadt, für die Zukunft des Quartiers und des Stadtteils, für die bestmögliche Lösung arbeiten. Ein Beteiligungsbeirat wurde eingerichtet und berät über die zielführenden Formate der Beteiligung bei den Vorhaben, die in Verantwortung der Stadt durchgeführt werden. Die Vorhabenliste für die anstehenden Projekte ist auf der Internet-Plattform marburgmachtmit.de verfügbar.

DAS HABEN WIR VOR:

- Formate der Beteiligung werden weiterentwickelt und an die jeweiligen Aufgaben angepasst.
- Beteiligung grenzt niemanden aus: Auch in der digitalen Welt sichern wir für alle den Zugang zu Information und Mitwirkung.
- Beteiligung geht in die Quartiere: Mit Stadtteiffonds und Vor-Ort-Dialogen initiieren wir Projekte im Quartier und motivieren zur Mitarbeit.
- Neue Beteiligungsformate, gesetzlich vorgeschriebene Verfahren und bestehende Gremien wie Ortsbeiräte, Stadtteilgemeinden und Beiräte sind für uns kein Widerspruch. Sie ergänzen sich und profitieren voneinander.
- Bei grundsätzlichen oder kontroversen Fragen der Stadtentwicklung wollen wir auch Bürger*innen-Befragungen nutzen oder als Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung selbst initiieren.
- Demokratie-Werkstätten machen Lust auf's Mitmachen in Parteien, Bürger*innen-Initiativen oder anderen Formen der Beteiligung wie Beiräten, Stadtteilgemeinden und sonstigen gesetzlich vorgeschriebenen Gremien. Demokratie-Werkstätten fördern lebendige Auseinandersetzung und demokratische Teilhabe.
- Wir setzen uns für familienfreundliche Sitzungen in den politischen Gremien und bei Beteiligungs-Formaten ein.

MARBURG MACHEN: DEMOKRATISCH, OHNE RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Marburg ist eine Stadt der Vielfalt. Darauf sind wir stolz. In Marburg haben Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alt- oder Jung-Sein, Befähigung bzw. Beeinträchtigungen, des sozialen Status, Religion und Weltanschauung oder welcher Merkmale auch immer keinen Platz. Wir stehen füreinander ein. Dieses Klima des Respekts, der Anerkennung, der Achtung voreinander wollen wir weiter fördern. Rechtsextremismus und völkischen Ideologien geben wir keinen Raum.

Wir erleben, dass viele Menschen das Vertrauen in die demokratischen Verfahren verlieren. Sie wenden sich von der Demokratie ab. Für uns ist Demokratie nicht die rigorose Durchsetzung des Eigeninteresses, sondern das – oftmals anstrengende, aber immer lohnende – Aushandeln von Konflikten, von Gegensätzen und unterschiedlichen Meinungen, von Interessen und Bedürfnissen. Nur auf dieser Grundlage können wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern. Deshalb haben wir die „Handlungsempfehlungen ‚Für Dialog und Vielfalt – gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit‘“ in der Stadtverordnetenversammlung mit Beteiligung vieler Akteur*innen beschlossen.

Die Würde des Menschen steht für uns im Zentrum. Wir dürfen in Marburg besonders dankbar sein, wie die Kirchen, die jüdische und die muslimische Gemeinde über viele Jahre ein vertrauensvolles Miteinander geschaffen haben. Das strahlt in die ganze Stadtgesellschaft hinein. Es ist eine wichtige Basis für unseren Zusammenhalt. Die gegenseitige Teilnahme an Feierlichkeiten gehört zum Leben in der Stadt dazu. Das jährliche Ramadanzelt ist zu einem Treffpunkt der gesamten Stadtgesellschaft geworden. #Wirdsindmehr: Vertreter*innen der Religionsgemeinschaften sind selbstverständlich dabei, wenn wir gemeinsam und öffentlich Haltung gegen Rechtsextremismus, Terror und Gewalt demonstrieren.

Wir freuen uns, dass sich am 14. März 2021 viele Mitbürger*innen in den nächsten Ausländer*innen-Beirat wählen lassen wollen. Das ist gelebte Demokratie und ein sichtbares Zeichen gegenüber all jenen, die auf Ausgrenzung statt Miteinander setzen. Der Beirat ist uns ein wichtiger Partner, den Anliegen derjenigen Gehör zu verschaffen, die in den politischen Strukturen zu wenig vorkommen. Der Ausländer*innen-Beirat steht exemplarisch für die kulturelle Vielfalt in Marburg, ohne die Marburg ärmer wäre. Aus gutem Grund feiern wir am 3. Oktober auch den Tag der Vielfalt. Wir begegnen den Mitgliedern des Ausländer*innen-Beirats immer auf Augenhöhe, sind dankbar für deren Engagement und werden seine Arbeit immer fördern.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir wollen mit allen Gruppen und Haltungen in der Stadt in den Dialog treten, für unsere Überzeugungen werben und Menschen für die Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewinnen.
- Wir freuen uns, dass die neue Moschee ihrem selbst gesetzten Anspruch als Kultur- und Bildungszentrum gerecht wird. Die Moschee soll ein Ort der Begegnung und des Miteinanders sein. Darin werden wir die Islamische Gemeinde tatkräftig unterstützen.
- Wir fördern auch in Zukunft den Dialog der Religionen in seiner Verantwortung für das Zusammenleben in unserer Stadt. Religion darf und muss sichtbarer Bestandteil des öffentlichen Lebens sein. Solidarisch treten wir Antisemitismus und Islamfeindlichkeit entgegen.
- Die Verwaltung und die Firmen mit städtischer Beteiligung nehmen eine Vorbildfunktion ein: Wir stehen für eine diskriminierungsfreie Verwaltung. Verwaltung und Bürger*innen kommen auf Augenhöhe zusammen. Dokumente und Informationen sind verständlich formuliert. Führungskräfte nehmen in Verwaltung und Firmen eine wichtige Funktion ein. Sie werden auch weiterhin gegen Diskriminierung und Rassismus sensibilisiert.
- Ein Exit-Programm hilft beim Ausstieg aus rechtsextremen Strukturen.
- Wir prüfen, ob und wie Antidiskriminierung und Antirassismus als Voraussetzung gelten können, dass die Stadt Leistungen bei Dritten bezieht oder dass Dritte durch kommunale Förderungen profitieren. Wir wollen eine Antidiskriminierungsklausel für städtische Vergaben.
- Wir wollen den Anteil von Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiographie unter den Beschäftigten der Verwaltung und der Firmen mit städtischer Beteiligung erhöhen – auch und gerade in Führungsfunktionen.
- Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit werden wir auch künftig gezielt fördern.
- Wir sichern die Möglichkeit für Frauen in Not, Schutz und Unterstützung zu finden, unter anderem im Frauenhaus oder durch Angebote für Empowerment und Selbstbehauptung.
- Wir wollen festgefügte Geschlechterrollen im Berufsleben durchbrechen: Mehr Mädchen in sog. Männerberufen und mehr Jungen in sog. Frauenberufen.
- Gleichstellung der Geschlechter muss sich auch in Führungspositionen verwirklichen. In der Verwaltungsführung der Stadt Marburg sind 71 % Frauen beschäftigt, bei den Fachdienstleitungen liegt der Anteil über 50 %. Diesen Standard werden wir halten.
- LSBTIQ* – alle haben in der Stadt ihren Platz. Wir holen den Christopher-Street-Day Mittelhessen wieder nach Marburg. Wir unterstützen die Initiativen darin, gute Beratung für ausgegrenzte sexuelle Minderheiten zu leisten.

- Wir unterstützen weiterhin den Ausbau des Queeren Zentrums.
- Die Universitätsstadt Marburg nimmt im Antidiskriminierungsnetzwerk Mittelhes-
sen eine aktive Rolle ein und sichert Sensibilisierung, Beratung und Beistand vor
Ort.
- Wir richten in Marburg eine Antidiskriminierungsstelle als Anlauf- und Beratungs-
stelle ein.

MARBURG MACHEN: SOZIALER KLIMASCHUTZ

Die großen und eindrucksvollen Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung seit dem Jahr 2018 haben auch uns motiviert: Wir müssen unsere Anstrengungen weiter intensivieren, um die Auswirkungen des von Menschen gemachten Klimawandels abzumildern. Jede*r muss Verantwortung wahrnehmen und seinen*ihren Teil beitragen. Wir wollen das leisten, was wir selbst beeinflussen können und was uns in Marburg möglich ist.

Dazu haben wir 2020 den Klima-Aktionsplan beschlossen. Wir stehen zu dem Ziel, dass Marburg im Jahr 2030 CO₂-neutral sein wird. Dem Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung gingen viele Diskussionen und Workshops voraus, an denen große Teile der Stadtgesellschaft teilgenommen haben. Das hat dem Klima-Aktionsplan gut getan, auch wenn er für manche immer noch nicht ausreichend erscheint. Denn Klimaschutz geht nur, wenn er von möglichst vielen Menschen unterstützt und zugleich konsequent umgesetzt wird.

Niemand darf außer Acht lassen, dass die Möglichkeiten einer Kommune begrenzt sind. Der Bund und das Land Hessen müssen die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz deutlich verbessern. Bund und Land müssen den Kommunen auch Geld zur Verfügung stellen, damit das, was vor Ort mit guten Ideen und Blick auf das Notwendige erarbeitet wird, eine Kommune nicht dazu zwingt, zwischen Klimaschutz und anderen wichtigen Aufgaben zu wählen. Trotzdem gilt: Wir wollen und wir werden mehr leisten als andere und Vorbild für viele sein.

Maßnahmen im Klimaschutz und notwendige Veränderungen unseres Verhaltens dürfen nicht zu Lasten derjenigen gehen, die mit ihrem Einkommen nur wenige oder gar keine Spielräume haben. Unsere Maxime heißt: Klimaschutz muss sozial gerecht sein.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir setzen den Klima-Aktionsplan konsequent um. Die notwendigen finanziellen Mittel werden wir zur Verfügung stellen. 130 Millionen Euro bis 2030. Mindestens.
- Wirksame Maßnahmen zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes sind vor allem dort möglich, wo die Stadt unterstützend tätig ist: Bei der klimafreundlichen Heizung, der Wärmedämmung, dem Energiesparen oder auch dem regionalen Einkauf von (ökologischen) Lebensmitteln und anderen nachhaltig hergestellten Produkten. Dies werden wir mit umfangreichen Förderprogrammen unterstützen. Die Stadt und die Firmen mit städtischer Beteiligung werden eine Vorbildfunktion einnehmen.
- Wir wollen solare Stadt werden: Solarenergie wird überall genutzt, wo es wirtschaftlich vertretbar ist. Ein Förderprogramm ist bereits angelaufen. Nun müssen die Eigentümer motiviert werden, ihren Teil zu tun.

- Wir werden eine zusätzliche Förderung für intelligente Elektro-Ladestationen im Zusammenhang mit Photovoltaik-Anlagen entwickeln.
- Wir wollen ein gesundes Stadtklima: Dachbegrünungen, Beschattung von Plätzen durch Bäume oder andere Mittel, das Verbot und der Rückbau von Stein- und Schottergärten sind gut für die Biodiversität, das lokale Klima und für weniger Schadstoffe in der Luft.
- Wir sind Blue Community und nutzen Trinkwasser aus unseren regionalen Brunnen statt Mineralwasser aus fernen Gegenden. Wir brauchen aber noch mehr Trinkbrunnen in der Stadt.
- Müllvermeidung und eine höhere Recycling-Quote schonen die natürlichen Ressourcen ebenso wie das Prinzip, Gebrauchsgegenstände zu reparieren statt sie wegzuworfen und neu zu kaufen. Wir werden mit mehr Aufklärung und Beratung unseren Beitrag zur Müllvermeidung leisten und die Wiederverwertung gebrauchter Gegenstände besser unterstützen (Gebrauchtwarenkaufhaus, Integral-gGmbH, Relectro, Repair-Initiativen, dezentrale Recycling-Sammelstellen für Elektronik-Kleinartikel).
- Die Parks und auch die Friedhöfe in der Stadt sind schützenswerte Kleinode für Klima, Natur und Mensch. Zu ihrem Schutz werden wir weitere Bemühungen unternehmen.
- Wir wollen mehr natürlichen Wald, der besser mit den Folgen des Klimawandels umgehen kann. Deshalb werden wir Waldgebiete, auf die wir Zugriff haben, der Forstwirtschaft entziehen. Große Naturwaldzellen sind zugleich ein Beitrag zu mehr Biodiversität.
- Klimawandel heißt auch Zunahme von Extremwetterlagen. Deshalb setzen wir ein Aktionsprogramm zum Schutz vor Starkregen-Ereignissen um.
- Wasser ist eine wichtige Ressource. Oberflächen-Wasser darf nicht einfach im Kanal abgeleitet werden. Wir fördern alle Bemühungen, Regenwasser und Oberflächen-Wasser zu speichern und zu nutzen. Flächen müssen vermehrt entsiegelt werden. Die Nutzung von Oberflächen-Wasser hilft, weniger wertvolles Grundwasser zu verbrauchen.
- Weitere Renaturierungen von Fließgewässern sind für uns ein weiterer Baustein zum Schutz von Wasser und Natur.
- Mit dem sozialen Energiebonus fördern wir energetische Sanierungen von Mietwohnungen. Die GeWoBau geht auch hier mit gutem Beispiel voran. Das spart Energie und Kosten. Einsparungen dürfen nicht durch höhere Mieten aufgeessen werden.
- Wir wollen noch mehr Modelle, mit denen selbst erzeugte Energie im eigenen Haus oder der Wohnanlage verbraucht werden kann und so die Energiekosten für die Bürger*innen sinken. Wichtiger Ansatz ist die Nutzung von Solaranlagen.
- Die Beratung von Unternehmen zur Energieeinsparung und Entwicklung nachhaltiger Produkte werden wir intensivieren.

- Die Stadtwerke als regionaler Energiedienstleister sollen führend in der Erzeugung und Verbreitung regenerativer Energien werden. Neben Genossenschafts- und Bürger*innen-Modellen für regenerative Energieanlagen sind die Stadtwerke unsere erste Partnerin. Damit die Wertschöpfung bei uns in der Region bleibt. Wohlstand und Klimaschutz gehören zusammen.
- Wir wollen, dass die Stadtwerke den Strom aus privaten Solaranlagen auch dann fair entlohnen, wenn die Förderung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ausgelaufen ist.
- Man muss sie nicht schön finden – dennoch gilt: nur mit mehr Windkraftanlagen auch in den Mittelgebirgen sind die notwendige Energiewende und damit auch der Ersatz von Verbrenner-Motoren durch Elektro-Mobilität möglich. Windenergie hat im Mix des Ökostroms eine entscheidende Bedeutung. Für uns gilt nach wie vor: Windkraftanlagen entstehen dort, wo sie ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich sind. Sie müssen von der Bevölkerung akzeptiert werden. Nach Möglichkeit sollen Erlöse aus Windkraftanlagen denjenigen zugutekommen, die in unmittelbarer Nähe zu den Anlagen wohnen.

MARBURG MACHEN: MOBILITÄT FÜR ALLE IN ÖKOLOGISCHER VERANTWORTUNG

Arbeit, Bildung, Kultur, soziale Teilhabe, Sport, Zugang zu Arztpraxen, Kliniken, Einkaufen, Handel und Gewerbe, gemeinsam feiern und nicht zuletzt auch Freundschaften und Begegnungen in Familien: unser Leben ist auf gute, komfortable Mobilität für alle Menschen angewiesen. Zugleich ist der Verkehr der Bereich, der in großem Maße zu Luftverschmutzung, Lärmbelastung und Erderwärmung beiträgt. Wir wollen, dass die gesundheits- und klimaschädlichen Emissionen in unserer Stadt deutlich gesenkt werden.

Uns geht es um Mobilität und Lebensqualität, nicht um das Gegeneinander der Menschen, die verschiedene Verkehrsmittel benutzen. Die Verkehrswende beginnt im Kopf. Sie gelingt nur, wenn alle respektvoll miteinander umgehen und die Rahmenbedingungen für klimagerechte Mobilität überzeugen.

Für die notwendige Verkehrswende haben wir fünf Grundsätze:

1. Verkehr sollte den öffentlichen Raum möglichst wenig belasten, damit Straßen, Wege und Plätze sicher und attraktiv sind. Das fördert die Begegnung im öffentlichen Raum und schafft Lebensqualität.
2. Die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen müssen am stärksten geschützt werden. Das bedeutet: mehr Raum und mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.
3. Wir spielen die Verkehrsträger nicht gegeneinander aus. Bei der Verkehrswende müssen alle mitgenommen werden. Die Wahl umweltfreundlicher Verkehrsmittel muss aus Überzeugung erfolgen.
4. Verkehre zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Bus und Bahn sind das Mittel der Wahl für die Vor-Ort-Mobilität. Für größere Entfernungen und abgelegene Gebiete müssen die Verkehrsträger sinnvoll miteinander verknüpft werden. Der Umstieg auf Fahrrad, Bus und Bahn muss leicht und attraktiv sein.
5. Die wirksame Verminderung von CO₂ und anderen Schadstoffen, von Feinstaub und Lärm gelingt nur mit der Abkehr vom Verbrenner-Motor. Der Umstieg auf elektrische Antriebe muss vorangebracht werden. Wir können nicht warten bis andere alternative Antriebe technisch ausgereift sein werden.

DAS HABEN WIR VOR:

- Mit dem Beteiligungsverfahren zum Mobilitäts- und Verkehrskonzept „Move35“ haben wir eine breite Mitwirkung der Bürger*innen angestoßen, damit alle mitreden können. Über 4.000 Bürger*innen haben das bereits gemacht. Das Gutachten zur Entwicklung der Verkehre ist beauftragt. Ziele sind die Vermeidung des Individualverkehrs und bessere Lenkung der Transportverkehre. Auf dieser Basis werden wir gute Mobilität für alle voranbringen.

- Wir werden die Einführung eines Bürger*innen-Tickets zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für alle Marburger*innen und alle, die in Marburg zur Arbeit gehen, prüfen. Das muss auch in Abstimmung mit dem RMV erfolgen. Die Finanzierung könnte über eine Umlage erfolgen, ähnlich dem Semester-Ticket für Studierende. So ein Ticket muss sozial gerecht sein und darf nicht in Konflikt zu anderen Angeboten stehen, etwa den Jobtickets oder Schüler*innen-Tickets.
- Unsere Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau bereitet die Einführung von Mieter*innen-Tickets zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV vor. Das unterstützen wir. Nach einer erfolgreichen Erprobung werden wir prüfen, wie das Modell ausgeweitet werden kann – auch im Sinne des vorab genannten Bürger*innen-Tickets.
- Der ÖPNV in Marburg wird weiterentwickelt: mit optimierten Linienführungen und komfortablen Verbindungen aus den Stadtteilen zu den zentralen Umsteigepunkten zur Bahn am Hauptbahnhof und Südbahnhof.
- Der Südbahnhof wird Haltepunkt für alle Regional-Express-Linien, um eine gute Bus-Anbindung für den Richtsberg, Cappel und die südlichen Außenstadtteile zu ermöglichen.
- Wir wollen Mobilitätsknoten an den Rändern der Kernstadt zum Umstieg vom Auto auf Bus und Fahrrad für die letzten Kilometer bis zum Ziel in der Innenstadt oder für den Umstieg auf die Bahn. Mobilitätsknoten ermöglichen auch den Umstieg von Fahrrad zum Bus. Mögliche Standorte können in der Marbach oder am Stadtwald für die westlichen Stadtteile oder am Universitätsgelände Lahnberge für die östlichen Stadtteile sein.
- Die umweltverträgliche Verkehrsentwicklung der Zukunft muss mit dem bestehenden Straßennetz gestaltet werden.
- Wir fördern mehr Carsharing. Auch in den Außenstadtteilen steht Carsharing zur Verfügung.
- Die Busflotte der Stadtwerke Marburg, schon heute durch viele Erdgas-Fahrzeuge eine der umweltfreundlichsten in Hessen, wird so schnell wie möglich auf elektrische Antriebe (Elektro-Bus, Oberleitungs-Bus) umgerüstet.
- Die Mitnahmekapazität für Fahrräder in den Bussen wird erhöht.
- Wir setzen ein Investitionsprogramm für barrierefreie, komfortable Bus-Haltestellen um, damit der Bus von allen leicht benutzt werden kann: ganz gleich ob mit Rollator, Kinderwagen, Gehhilfen oder bei eingeschränkter Mobilität.
- Bei der Busanbindung der Außenstadtteile bestehen Lücken, insbesondere am Wochenende. Auch Taktverdichtungen müssen kommen. Nachdem wir 2019 die Ticket-Preise durch die einheitliche Stadtpreis-Zone gesenkt haben, ist das unser nächster Schritt für eine bessere Nutzung des ÖPNV in den Außenstadtteilen.
- Wir arbeiten den Radwege-Entwicklungsplan kontinuierlich ab. Hauptaugenmerk der nächsten Jahre liegt auf der Optimierung der innerstädtischen Radwege und der

Anbindung der Außenstadtteile sowie des Standorts Behringwerke mit guten Radwegen und Umsteigemöglichkeiten auf den ÖPNV. Schnelle Radwege-Verbindungen kommen hinzu.

- Der Bahn-Haltepunkt Marburg-Mitte muss kommen. Marburg-Mitte wird ein innenstadtnaher Verkehrsknoten mit freier Wahl der Verkehrsmittel (Fahrrad, Bus), um den Arbeitsplatz und Einkaufsmöglichkeiten schnell zu erreichen.
- Freies WLAN in Bussen und an Haltestellen.
- Eine App für alles: Digitale Informationssysteme für die beste Wahl des Verkehrsmittels sorgen für aktuelle Information und sind eine Hilfe für den Umstieg auf Bus und Fahrrad, auch zur Erreichbarkeit des Einzelhandels und mit Einbindung in den RMV.
- Öffentliche Ladesäulen für Elektromobilität werden bedarfsgerecht weiter ausgebaut. Schnelllade-Säulen sind zu bevorzugen.
- Wir wollen weitere Schnellbus-Linien aus dem Kreisgebiet in die Kernstadt und zum Standort Behringwerke / Görzhäuser Hof.
- Auch für E-Bikes werden sichere Ladesysteme eingerichtet. Sinnvoll ist dies zum Beispiel an stark frequentierten Einkaufsmöglichkeiten und an zentralen Punkten der Außenstadtteile.
- Das bestehende, von der Stadt mitfinanzierte, Fahrrad-Verleihsystem Nextbike wird um E-Bikes ergänzt.
- Wir fördern die Nutzung von weiteren Lasten-Fahrrädern zur Abwicklung von innerstädtischen Lieferverkehren.
- Für Lieferverkehre nehmen wir einen neuen Anlauf, die Zahl der Fahrzeuge für Anlieferungen in die Kernstadt zu reduzieren. Dem dienen auch sogenannte Micro-Hubs zur besseren Anlieferung und Weiterverteilung.
- Stadtverwaltung und Tochtergesellschaften der Stadt gehen voran und stellen ihren Fuhrpark möglichst schnell auf elektrische Antriebe um. Für weniger CO₂ und Feinstaub-Belastung.
- Für die „Stadtautobahn“ fordern wir weiterhin: Tempo 80 für PKW; Tempo 60 für LKW.
- Mit einer Kampagne „2 Wochen ohne Auto“ fördern wir den freiwilligen Umstieg vom Auto auf Bus, Bahn und Fahrrad.
- Miteinander statt Gegeneinander: Die Kampagne für gegenseitige Rücksicht setzen wir fort. Verkehrstrainings schaffen mehr Sicherheit und helfen, die Perspektive der „anderen“ besser zu verstehen.

MARBURG MACHEN: WOHNEN IST MENSCHENRECHT

Marburg ist ein attraktiver Ort zum Leben. Familien schätzen die guten Möglichkeiten der Betreuung für ihre Kinder. Viele freuen sich am attraktiven, breit gefächerten kulturellen Angebot und den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Sehr schnell kommen die Menschen von ihren Wohnungen hinaus in die Natur.

Zugleich ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Studierenden stark gestiegen und der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, insbesondere am Pharma-Standort setzt sich kontinuierlich fort. Der Wunsch besteht immer öfter, dort zu leben – und zu wohnen –, wo man Arbeit hat oder dem Studium nachgeht. Schon allein unter dem Aspekt der Vermeidung von Verkehr wollen wir, dass Leben und Arbeiten in räumlicher Nähe möglich ist.

In den vergangenen Jahren sind in Marburg 2.800 neue Wohnungen entstanden, darunter auch viele Sozialwohnungen. Grundlage war das Wohnraum-Versorgungskonzept. Die darin beschriebenen Zahlen für neue Wohnungen haben wir sogar deutlich übertroffen. Damit ist es gelungen, den Druck auf den Wohnungsmarkt und damit den Anstieg der Mieten, deutlich zu bremsen. Und trotzdem besteht weiterhin Bedarf. Deshalb werden wir nicht nachlassen, für alle, die in Marburg leben und wohnen möchten, attraktive, zeitgemäße und bezahlbare Möglichkeiten zu bieten.

Wohnen ist Menschenrecht. Unsere Wohnungspolitik schließt niemanden aus. Bezahlbarer Wohnraum heißt nicht nur geförderter Wohnungsbau, sondern auch Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen brauchen Barrierefreiheit. Viele Familien wünschen sich das eigene Heim. Der Wunsch, im Zentrum der Stadt zu leben, besteht genauso wie für die Außenstadtteile mit ihren spezifischen Vorzügen. Wir wollen allen diesen Bedarfen gerecht werden.

Große Herausforderungen bestehen in der nicht vorhandenen Barrierefreiheit im Wohnungsbestand, in der energetischen Ertüchtigung für Klimaschutz und Senkung der „zweiten Miete“ durch Senkung der Energiekosten. Darüber hinaus haben sich die Anforderungen an gutes Wohnen verändert, etwa in Bezug auf die Größe von Wohnungen. Immer mehr Menschen überlegen, sich mit anderen zusammenzuschließen – gemeinschaftliches Wohnen ist ein weiterer Trend am Wohnungsmarkt.

Die Bedarfe lassen sich nicht allein durch Veränderungen im Bestand oder Verdichtung befriedigen. Deshalb entwickeln wir am Hasenkopf ein großes neues Wohngebiet, das zugleich den Stadtteil aufwerten wird. In einer breiten Beteiligung der Bürger*innen konnten viele gute Vorstellungen für die weitere Planung einfließen. Dieses Baugebiet zeigt wie viele andere Beispiele auch, dass es gut ist, mit der GeWoBau eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zu haben. Die GeWoBau ist nicht nur aktiv an der Schaffung von Wohnraum beteiligt, sondern sie ist zur Vorreiterin für neues, beispielgebendes Bauen geworden.

Vom Beschluss für neue Wohnungen bis zur Verwirklichung vergehen mehrere Jahre. Das heißt: Wir müssen heute vorausschauend für morgen planen. Dafür wollen wir weiterhin alle Kräfte mobilisieren. Wir setzen auf eine gute Ergänzung von privatem Wohnungsbau, der Aktivität von privaten Trägern und dem Wohnungsbau in öffentlicher Hand.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir werden entsprechend der erkennbaren Bedarfe weitere Wohngebiete entwickeln. Dabei folgen wir dem guten Beispiel der Beteiligung der Bürger*innen beim Neubaugebiet Hasenkopf.
- Die Außenstadtteile haben einen hohen Wohnwert insbesondere für Familien. Deshalb schaffen wir auch hier Perspektiven, beispielsweise in den östlichen Stadtteilen mit ihrer Nähe zu den Lahnbergen oder durch ein Neubaugebiet in Elnhausen.
- Steigende Baulandpreise verteuern den Wohnungsbau. Wir werden ein Konzept erarbeiten, wie Grundstücke für Wohnungen preiswert bereitgestellt werden können. Wir wollen verhindern, dass hohe Grundstückspreise dazu führen, dass zum Beispiel Familien mit kleinerem und mittlerem Einkommen ins Umland ziehen.
- Die Innenstadt muss für alle Bevölkerungsgruppen als Wohnstandort attraktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen. Eine Möglichkeit ist die Gestaltung des Wohnumfelds. Die Bürger*innen sind natürlich auch hier einzubeziehen.
- Klimaschutz im Wohnungsbau muss für alle bezahlbar bleiben. Mit Förderungen wollen wir erreichen, dass energetische Sanierung nicht zu einer Erhöhung der Warmmiete führt.
- Wir befürworten einen fairen, differenzierten Mietspiegel mit einem langen Erhebungszeitraum. Damit unterstützen wir die Mietpreisbremse und geben den Mietparteien mehr Rechtssicherheit.
- Wir unterstützen alle Formen, mit denen sich Menschen zusammenschließen, um miteinander zu wohnen und zu leben. Gemeinschaftliches Wohnen, Miethäuser-Syndikat oder Genossenschaften sind wichtige Ansätze.
- Wir wollen die bestehende Quote für Sozialwohnungen bei Neubauvorhaben weiterentwickeln. Das Bauplanungsrecht des Bundes schafft Möglichkeiten, die Quote zu erhöhen und auch kleinere Neubauvorhaben einzubeziehen.
- Gemeinsame Wohnheime für Studierende und Auszubildende sollen es jungen Menschen ermöglichen, in der Zeit von Ausbildung und Studium kostengünstig zu wohnen. Einkaufen und Kultur muss an dieser Stelle mitgedacht werden, um Begegnungsraum zu schaffen und Marburg als Ausbildungs- und Studienstandort zu stärken. Investitionen hier sparen Geld an anderer Stelle, etwa bei Transferleistungen.
- Die GeWoBau ist unsere wichtigste Partnerin im Wohnungsbau. Mit der GeWoBau setzen wir verschiedene Modelle für attraktives, nachhaltiges Wohnen um: Mieter-

strom, das heißt die Verwendung des im Haus erzeugten Stroms für die Mieter*innen zur Entlastung der Stromrechnung, RMV-„Wohnungstickets“ für alle Mieter*innen, abgerechnet über die Miete, Multimedia-Zugänge.

- Wir wollen mehr alternative, neue und nachhaltige Bauformen und Materialien, zum Beispiel mit Holz. Auch hier wird die GeWoBau beispielgebend vorangehen.
- Auch 50 Jahre nach Beginn der Sanierung der Oberstadt gibt es dort noch Häuser, die in keinem guten Zustand sind. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.
- Die Beratung zu den verschiedenen Möglichkeiten der Förderung im Wohnungsbau – Bestand und Neubau – werden wir bündeln, um die Angebote transparenter und leichter zugänglich zu machen.
- Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. Immer wieder entstehen Konflikte zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Deshalb wollen wir eine Ombudsperson etablieren, die als Ansprechperson und Mittlerin für erfahrende Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oder Konflikte im Mietverhältnis für Rechte der Mieter*innen und Wohnungssuchenden da ist.
- Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit sind nicht hinnehmbar. Das Modellprojekt des Probewohnens für langjährige Obdachlose werden wir verstetigen und nach Möglichkeit ausweiten. Die Einrichtung der Wohnungslosenhilfe in der Gisselberger Straße wird saniert. Das Konzept zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit abgearbeitet. In Marburg muss kein Mensch auf der Straße leben. Die notwendigen Hilfen und Wohnungen stellen wir bereit.

MARBURG MACHEN: ENTWICKLUNG DER STADT

Unsere Stadt hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine dynamische Entwicklung erlebt. Im Bereich Biegenstraße – Pilgrimstein – Nordviertel wurde 2016 das umgebaute Erwin-Piscator-Haus in Betrieb genommen. Das Kunstmuseum ist nach langer Renovierung wieder geöffnet. Die neue Universitätsbibliothek hat mit ihrer markanten Architektur alte Klinikgebäude ersetzt, der Sprachatlas hat auf dem ehemaligen Brauereigelände ein modernes Zuhause gefunden. Aktuell wird dort noch ein weiteres Universitätsgebäude errichtet, unter anderem für das bundesweit renommierte Bildarchiv Foto Marburg.

In der Universitätsstraße wurde die Marburg Mall eröffnet, die dem Handel auch für die Oberstadt Impulse geben soll. Auf den Lahnbergen wurden weitere Kliniken und Einrichtungen des UKGM errichtet und für die naturwissenschaftlichen Fächer stehen weitere funktionale Neubauten an. Die Firmen am Pharmastandort wachsen. Der Impfstoff gegen das Corona-Virus wird in Marburg produziert. Auf dem Gelände des ehemaligen Ringlokschuppens entstehen ein Veranstaltungsgebäude und ein neues, zukunftsweisendes Areal für StartUps.

Die Zahl der Studierenden ist stark gestiegen und stabilisiert sich zurzeit zwischen 23.000 und 25.000. Der Wunsch, in Marburg zu leben, ist für viele attraktiv, so dass trotz Bautätigkeit weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wohnungen besteht. Die Platzzahlen der Kinderbetreuung werden seit vielen Jahren kontinuierlich ausgeweitet.

Die Philipps-Universität und das Universitätsklinikum UKGM bestimmen das Leben in Marburg. Marburg, die Universität und das UKGM gehören zusammen und sind aufeinander angewiesen. Wir wollen gute Perspektiven für die Universität in ihrer ganzen akademischen Breite der Ausbildung junger Menschen und für weitere Spitzenleistungen in der Forschung. Wir wollen den Transfer des Wissens in die Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass sich Stadt und Universität gegenseitig befruchten.

Das UKGM ist nicht irgendein Krankenhaus und nicht nur Ausbildungsstätte für Studierende, sondern es ist „unser“ Klinikum. Das müssen auch die neuen Eigentümer verstehen und in ihr Handeln einbeziehen. Wir erkennen an, dass am UKGM hervorragende medizinische Versorgung für die gesamte Region und exzellente medizinische Forschung betrieben wird. Trotzdem sagen wir: Gesundheit ist keine Ware. Gesundheit, das UKGM gehört in öffentliche Hand. Die Marburger SPD ist solidarisch mit den Interessen der Beschäftigten, die eine immer höhere Arbeitsverdichtung erleben.

Die Corona-Pandemie 2020 /2021 trifft besonders Handel und Dienstleistungen, auch in Marburg und hier besonders in der Oberstadt. Die Oberstadt steht ohnehin unter dem Druck von verändertem Konsumverhalten und dem Online-Handel. Die langfristigen Folgen der Pandemie für unser Freizeitverhalten sind noch nicht absehbar. Gleichwohl erleben wir auch in Marburg die Konflikte, die sich durch eine immer deutlicher werdende Pluralisierung von Lebensstilen ergeben: Party und spontane Feiern im öffentlichen

Raum einerseits und die immer größere Sensibilität gegenüber Lärm und Beeinträchtigungen der eigenen Bedürfnisse andererseits.

Stadtentwicklung ist also nicht auf Aspekte der Gestaltung des öffentlichen Raums oder der Errichtung von Gebäuden und ihren Nutzungen beschränkt. Stadtentwicklung bewegt sich in einem sehr komplexen Geflecht von Veränderung der Lebenslagen, individueller Interessen, Anforderungen an Dienstleistungen und öffentliche Daseinsvorsorge und auch neuer Herausforderungen, deren Relevanz neu bewertet wird. Der Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels, der mehr ist als die Verkehrswende, wird ganz neue Impulse für das mit sich bringen, was unter „Stadtentwicklung“ verstanden werden muss.

In komplexen, unübersichtlichen und unsicheren Situationen steigt das Bedürfnis nach Sicherheit und planbaren Perspektiven. Aktuell wird darüber diskutiert, ob eine sogenannte integrierte Stadtentwicklungsplanung vorgenommen werden sollte. Angesichts der Dynamik von Entwicklungen erscheint es bislang sinnvoller, quartierbezogene Konzepte mit guter Bürger*innen-Beteiligung umzusetzen, wie dies beim Oberstadt-Konzept passiert. Für die großen Themen haben wir mit der kooperativen Sozialplanung, dem geplanten Kultur-Entwicklungsplan, dem Masterplan Behring-Standorte, dem Gewerbeflächen-Entwicklungskonzept, der Schulentwicklungs-Planung wichtige planerische Grundlagen gelegt. Das Verkehrs-Entwicklungskonzept „MoVe35“ wird maßgeblich für die nächsten Jahre sein.

Konzepte und Pläne sind nur so gut, wie sie neue, noch nicht erkennbare Entwicklungen flexibel integrieren können. Stadtentwicklung soll entwickeln, nicht einengen. Deshalb ist uns der Dialog über die künftigen Entwicklungen in unserer Stadt mit allem Bürger*innen sehr wichtig. Wir wollen, dass wir Stadtentwicklung breit und intensiv beraten und in den Konzepten die Grundsätze und Entwicklungslinien festlegen, die allen Beteiligten notwendige Freiräume eröffnen. Grundsätze, die aus sozialdemokratischer Sicht von allen beachtet werden müssen, sind: soziale Verantwortung, Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit, Diskriminierungs- und Barrierefreiheit, Vielfalt und Inklusion.

DAS HABEN WIR VOR:

- Stadtentwicklung und die Umsetzung zentrale Vorhaben gehen nur mit guter Beteiligung, die möglichst viele Menschen erreicht. Das werden wir sicherstellen.
- „Marburg erfinden“: Das Stadtjubiläum Marburg800 ist auch ein Zukunftslaboratorium. Hier führen wir 2021 und 2022 den intensiven Dialog mit den Bürger*innen für eine langfristige Strategie der Zukunft unserer Stadt.
- Stadtentwicklung muss sich als Ganzes dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichten. Wir orientieren uns an den „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Dies setzen wir konsequent in unser politisches Handeln um. Darüber hinaus wird unser Oberbürgermeister als Mitglied des Deutschen Nachhaltigkeitsrats unsere Erfahrungen dort engagiert einbringen. Wir wollen auch hier über Marburg hinaus wirken.

- Das Verkehrsentwicklungs-Konzept, das mit „MoVe35“ ausgearbeitet wird, machen wir zu Richtschnur der Mobilitätsentwicklung.
- Den Herausforderungen der Oberstadt begegnen wir aktiv. Das Oberstadt-Konzept wird umgesetzt und weiterentwickelt. Wir wollen eine Oberstadt, in der Menschen aller Bevölkerungsgruppen leben, in der Arbeit und Leben zusammengehören, die attraktiv für Besucher*innen ist und eine Oberstadt, in der eine gemeinsame Identität aller Bewohner*innen in gegenseitiger Verantwortung gelebt wird.
- Für Weidenhausen wollen wir einen Dialog, in dem Chancen und Risiken für den Stadtteil erörtert werden, um insbesondere den historischen Kern attraktiver zu machen.
- Zentrale Herausforderung der nächsten Jahre wird die Sicherstellung und Verbesserung der Nahversorgung in den Quartieren und insbesondere in den Außenstadtteilen. Wir wollen wohnortnahe Versorgung, auch für Güter des täglichen Bedarfs und für die Gesundheitsfürsorge.
- Für die Bürgerhäuser in den Stadtteilen gibt es ein Entwicklungskonzept, um sie baulich den heutigen Standards anzupassen und Nutzungen zu verbessern. Wir wollen, dass damit noch mehr Leben in die Bürgerhäuser einzieht und sie als Orte des Miteinanders noch attraktiver machen.
- Arbeit und Leben gehören auch mit Blick auf die gesamte Stadt zusammen. Deshalb muss Stadtentwicklung immer auch Wohnen und Mobilität zusammendenken. Das vermeidet Verkehre und stärkt die Identität für die Stadt und die Region.
- Wir wollen weitere Gewerbe-Ansiedlungen und damit die Diversifizierung unserer Wirtschaftsstruktur. Dafür müssen Flächen entwickelt werden.
- Marburg-Biedenkopf ist Wasserstoff-Modellregion. Die sich hieraus ergebenden Potenziale wollen wir für die weitere Entwicklung nutzen. Für Wissenstransfer, neue Unternehmen und neue Produkte sowie für ökologische Mobilität.
- Die Stadtwerke Marburg sind schon heute ein regional hervorragend aufgestellter Dienstleister, dem die Menschen vertrauen. Wir unterstützen die Stadtwerke auf ihrem Weg der Gemeinwohlorientierung, des partnerschaftlichen Verhältnisses zu ihren Kund*innen und Auftraggeber*innen, der konsequenten Ausrichtung als Energie- und Mobilitäts-, Ver- und Entsorgungsdienstleister der Region.
- Ökologisch wertvolle Naturräume werden wir schützen. Wir wollen mehr natürlichen Wald, der besser mit den Folgen des Klimawandels umgehen kann. Deshalb werden wir ausgewählte Waldgebiete, auf die wir Zugriff haben, der Forstwirtschaft entziehen. Außerdem wollen wir eine Forstwirtschaft im Stadtwald fördern, die auf stabile Mischwälder aus standorttypischen einheimischen und klimaangepassten Arten setzt. Auch das stellt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und der Biodiversität dar.

- Wir wissen um den Wert der Grünflächen in der Stadt für Freizeit und Erholung und fördern deshalb das verantwortungsvolle Miteinander und die gegenseitige Rücksichtnahme. Den Alten Botanischen Garten wollen wir auch in seiner kulturhistorischen und ökologischen Bedeutung schützen.
- Wir wollen nachhaltigen, ökologisch verantwortungsvollen Tourismus. Das entwickeln wir über unsere „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ gemeinsam mit dem Landkreis, den Städten und Gemeinden und den relevanten Akteur*innen in der Region.
- Marburg muss Standort für Tagungen und Kongresse sein. Mit der Universität, dem Universitätsklinikum, den Unternehmen aus der Stadt und der Region, die am Weltmarkt tätig sind, braucht es Orte des Wissensaustausches und des kreativen Zusammenwirkens. Als Standort einer großen Universität und eines Universitätsklinikums mit vielen bundesweit führenden Einrichtungen sowie mit den auf dem Weltmarkt tätigen Unternehmen in der Stadt und der Region muss Marburg eine Stadt der Tagungen, Kongresse Co-Working-Spaces, Gründer*innen-Initiativen oder Zukunftslabore sein. Digital und vor Ort. Auch hierfür sollen vorrangig ökologische, nachhaltige Formen unterstützt und vermarktet werden.
- Mit Familienfreundlichkeit, guten kulturellen Angeboten, hoher Lebensqualität, preiswertem, angemessenem Wohnraum, attraktiven Arbeitsplätzen und guten Verkehrsanbindungen wollen wir junge Menschen und Familien in der Stadt halten und solche, die für eine Ausbildung oder das Studium nach Marburg gekommen sind, zum Bleiben motivieren.

MARBURG MACHEN: WIRTSCHAFT FÜR INNOVATION UND NACHHALTIGKEIT

Marburg ist der zweitgrößte Pharma-Standort in Hessen. Die Firmen am Standort sind zusammen mit der Universität und dem Universitätsklinikum die wichtigsten Arbeitgeber*innen unserer Stadt. Doch auch die kleineren Betriebe, Handel und Handwerk gehören zu Marburg dazu. Sie bieten Arbeitsplätze, erbringen Dienstleistungen, versorgen uns mit Waren und Lebensmitteln. Viele Unternehmen sind Motor von Innovationen. Auch an der Universität gibt es große Potenziale für den Transfer von Wissen und Forschung für marktfähige, zukunftsfähige Produkte.

Eine erfolgreiche, vielfältig aufgestellte Wirtschaft bedeutet attraktive Arbeitsplätze für viele Menschen aus Marburg und der Region. Große und kleine Betriebe sichern unseren Wohlstand. Wir wissen, dass die Bedingungen nicht überall gleich gut sind. Deshalb stehen wir an der Seite derjenigen, die sich für bessere Löhne und für bessere Bedingungen am Arbeitsplatz einsetzen.

Eine erfolgreiche Wirtschaft, die möglichst wenig von Konjunkturphasen oder – wie aktuell in den Jahren 2020 / 2021 von einer Pandemie betroffen ist – bedeutet stabile Einnahmen durch die Gewerbesteuer. Erst dadurch sind wir in der Lage, unsere klimapolitischen, ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen und in die Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu investieren. Umso mehr erkennen wir die Leistung der Menschen in den Betrieben an und wir wollen, dass gute Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen als Markenzeichen für den Standort Marburg gelten. Wir wollen, dass junge Menschen in Marburg nicht nur studieren, sondern über gute Ausbildung bei attraktiven Arbeitgebern gerne und mit Zuversicht in Marburg leben.

Wirtschaftsentwicklung geht auf Dauer nur in guter Kooperation mit dem Landkreis und der Region. Wir suchen gute Nachbarschaft. Das zusammen mit der Gemeinde Ebsdorfergrund und der Stadt Staufenberg entwickelte Gewerbegebiet „Interkom“ ist das erste landkreisübergreifende interkommunale Gewerbegebiet in Hessen. Diese Strategie guter Nachbarschaft setzen wir fort. Das schont Ressourcen, nutzt vorhandene Strukturen und bedeutet faire Kooperation mit den Nachbar-Kommunen.

2020 wurde der „Masterplan Behring“ für den Pharma-Standort Marbach / Hinkelsbachtal und Görzhäuser Hof verabschiedet. Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung des Standorts. Wir sind stolz, dass in Marburg hochwertige medizinische Produkte hergestellt werden und dass Marburg einer der Standorte ist, an denen Impfstoffe gegen das Covid-19-Virus produziert werden.

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wirtschaft der Zukunft muss nachhaltig und ökologisch verantwortbar sein. Diese Ziele werden bei Neuansiedlungen vorrangig berücksichtigt. Unsere Wirtschaftsförderung wird hier einen Schwerpunkt setzen.
- Der Standort Behringwerke / Görzhäuser Hof bekommt die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Die Fragestellungen des Masterplans arbeiten wir mit allen Beteiligten im konstruktiven, lösungsorientierten Dialog ab.
- Wir sorgen für ausreichend Flächen für Gewerbeansiedlungen und damit auch für Arbeitsplätze. Das zusammen mit der Gemeinde Ebsdorfergrund und der Stadt Staufenberg entwickelte Gewerbegebiet „Interkom“ war ein guter Anfang. Wir wollen noch mehr zukunftsweisende Kooperationen.
- Boden ist ein knappes Gut. Hohe Bodenpreise führen zu hohen Kosten sowohl im Wohnungsbau als auch für Gewerbeansiedlungen. Wir werden deshalb sowohl die Möglichkeiten der Bodenbevorratung als auch des Erbbaurechts nutzen, um günstige Bedingungen zu schaffen und Einfluss auf die Bebauungen nehmen zu können.
- Wir wollen, dass in Marburg alle jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung machen. Deshalb intensivieren wir unsere Bemühungen der regionalen Arbeits- und Ausbildungsförderung in Zusammenarbeit mit den Schulen, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und den Bildungs- und Beschäftigungsträgern.
- Wir fördern die innovative Start-Up-Szene durch gute Räumlichkeiten, Vernetzung und Beratung. Konkret im neuen Zentrum im ehemaligen Lokschuppen, aber auch an anderen Standorten.
- Für Start-Ups entwickeln wir einen Förderfonds, mit dem diese Unternehmen zum Beispiel günstig Leerstände von Gewerbeflächen (Oberstadt, Weidenhausen) nutzen können.
- Wir wollen mehr nachhaltige und gemeinwohlorientierte Unternehmen. Als Stadt nehmen wir hier eine Vorbildfunktion ein und beraten andere Unternehmen auf dem Weg dorthin.
- Vielfältige Belegschaften fördern wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb setzen wir das Gütesiegel integrationsfreundlicher Betrieb fort.
- Wir prüfen, ob Kriterien der Nachhaltigkeit neben der Tariftreue zu Kriterien von kommunalen Ausschreibungen werden können. Das motiviert Unternehmen, in ihren Prozessen und Produkten nachhaltiger zu werden.
- Wir vergeben Aufträgen nur an tariftreue Unternehmen.
- Wir wollen, dass die kommunale Sparkasse, aber auch andere Geldgeber, ethisches und nachhaltiges Investment unter Beachtung wirtschaftlicher Erfolgsaussichten besonders fördern.
- Regional und ökologisch: Nicht erst seit der Corona-Pandemie stehen regionale Produkte und Dienstleistungen mit kurzen Wegen und direkten Beziehungen zwischen

Produzent*innen und Kund*innen im Fokus. Das treiben wir mit allen Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung und in Vorbildfunktion der Stadt und der Unternehmen in städtischer Beteiligung voran. Eine neue Kampagne „Local Loyalty“ wirbt für den Mehrwert regionaler Produkte und Dienstleistungen.

- Wir wollen, dass Marburg auch als Einkaufsstadt attraktiv bleibt und seine Position in Mittelhessen verbessert. Der Einzelhandel bietet zahlreiche Arbeitsplätze, die nicht verloren gehen dürfen. Marburg als Einkaufsstadt ist nur komplett und hat nur dann eine gute Zukunft, wenn die großen Kaufhäuser in der Universitätsstraße, die umliegenden Einzelhandels-Geschäfte, die Oberstadt sowie das Nordviertel – Bahnhofstraße und Ketzerbach – als Einheit gesehen werden. Der Einzelhandel braucht Frequenzbringer und das spezialisierte Angebot, das es in anderen Städten nicht gibt. Deshalb fördern wir das gemeinsame Stadtmarketing und das Engagement der Gewerbevereine.
- Wir wollen die digitale Kompetenz im Einzelhandel verbessern und unterstützen gemeinsame Online-Plattformen.
- Wir sichern den Branchenmix in der Innenstadt. Wir fördern die Impulse, die sich aus dem Oberstadt-Entwicklungskonzept ergeben. Zusätzlich müssen wir prüfen, wie gerade in der Oberstadt und in Weidenhausen eine neue Symbiose von Handel, Gewerbe und Lebensraum geschaffen werden kann, um auch hier die Lebendigkeit und Vielfalt der Nutzungen zu verbessern und soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben zu verbinden.

MARBURG MACHEN: BILDUNG FÜR ALLE

Bildungsgerechtigkeit ist seit jeher ein ur-sozialdemokratisches Anliegen. Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Gute Bildung ist die zentrale Ressource für gute Perspektiven im Leben eines jeden Menschen. „Aufstieg durch Bildung“ heißt nicht, dass jede*r ein Studium aufnehmen muss. Auch für Handwerk, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen ist eine gute Bildung der Garant für wirtschaftlichen Erfolg und damit für gute Einkommen und sichere Arbeitsplätze der Beschäftigten. Schulische, berufliche und universitäre Bildung sind für uns alle gleich wichtig.

Gute Bildung fängt in der Kita an und setzt sich über die Schule fort. Für Marburg hat zudem die Universität als Volluniversität ein breites Angebot akademischer Ausbildung. Bildung hört nicht mit der Schule oder der Universität auf. Lebenslanges Lernen darf keine Worthülse sein. In Marburg verfügen wir über eine attraktive Volkshochschule, eine Musikschule und viele weitere Träger im Bereich der Erwachsenenbildung und der beruflichen Bildung. Marburg ist ein hervorragender Bildungsstandort.

Die Bedeutung der digitalen Bildungskompetenzen sowohl bei Schüler*innen als auch bei Lehrkräften und Bildungseinrichtungen wurde mit der Corona-Pandemie nochmals deutlich vor Augen geführt. Die Notwendigkeit und die Chancen digitaler Bildung dürfen nicht zu neuen Spaltungen in Gewinner und Verlierer des Bildungserfolgs führen. Deshalb haben wir schon 2020 fast 1.000 neue Endgeräte – Tablets und Laptops – für Schüler*innen angeschafft.

Kita und Schule sind nicht nur Bildungsorte, sondern auch Lebensraum für Kinder und Jugendliche. Hier verbringen sie viel Zeit. Als Schulträger obliegt uns vor allem die Verantwortung für gute räumliche Bedingungen und Ausstattung. Darüber hinaus übernehmen wir aber auch Verantwortung für eine gute frühkindliche Pädagogik, für inklusive Schule und für ganzheitliches Lernen in der Schule.

DAS HABEN WIR VOR:

- Das Bildungsbauprogramm BiBaP hat für verlässliche und mit den Schulen abgestimmte Maßnahmen der Gestaltung des Lebensraums Schule gesorgt. 30 Millionen Euro haben wir versprochen, 30 Millionen Euro wurden in die Schulen investiert. Den Erfolg des BiBaP setzen wir mit einer Neuauflage fort und steigern die Mittel: 40 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren. Garantiert.
- Auch die Einrichtungen frühkindlicher Bildung brauchen eine verlässliche Perspektive der Entwicklung ihrer Räumlichkeiten. Auch in Zukunft können Eltern darauf vertrauen, dass der Ausbau der Kita-Plätze bedarfsgerecht erfolgt.
- Wir unterstützen die Schulen bei ihrer Entwicklung von individuellen Schulprofilen.
- Die echte Ganztagschule mit guter pädagogischer Betreuung auch am Nachmittag ist unser Ziel.

- Wir wollen mehr Freiheiten für die Schulen bei der Gestaltung ihrer Unterrichtszeiten und flexible Zeiten des Schulbeginns am Morgen. Das entlastet nicht zuletzt auch die morgendlichen Bring-Verkehre zu den Schulen mit PKWs (sog. Elterntaxis) und dem Bus.
- Wir sorgen auch in den kommenden Jahren für die Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen. Kein*e Schüler*in wird abgehängt, weil ein Tablet oder ausreichende Datentarife nicht zur Verfügung stehen.
- Unser städtisches Medienzentrum wird die digitale Kompetenz von Schüler*innen und Lehrkräften intensiv unterstützen.
- Ganzheitliche Bildung werden wir auch in Zukunft in Kooperation mit freien Trägern (Weltladen, Umweltbildung, musikalische Bildung und viele andere) fördern.
- Wir wollen die inklusive Schule für alle. Zugleich wissen wir, dass bestimmte Förderbedarfe besondere pädagogische Ansätze in eigenständigen Schulen erfordern können. Ob Inklusion oder Schule für besondere Förderbedarfe: Uns sind alle Schulen gleich wichtig, weil uns alle Schüler*innen gleich wichtig sind.
- An den Regelschulen unterstützen wir neue, kindgerechte und ganzheitliche Lernkonzepte. Das fördert Chancengleichheit fördern, damit kein Kind zurückgelassen wird.
- Schulen in freier Trägerschaft leben besondere pädagogische Ansätze. Wir unterstützen diese Schulen.
- Die Umwelt- und Ernährungsbildung wird ein besonderer Schwerpunkt der nächsten Jahre. Schüler*innen sollen Spaß daran entwickeln, umweltbewusst zu handeln und sich gesund mit regionalen und ökologischen Produkten zu ernähren.
- Kurze Beine, kurze Wege: Wir setzen uns auch in Zukunft für kleine, wohnortnahe Schulstandorte ein. Kleinere Schulen, etwa in den Außenstadtteilen, mögen weniger fachliche Wahlmöglichkeiten bieten. Im Gegenzug wird dort aber in besonderer Weise das soziale Miteinander eingeübt.
- Die Marburger Volkshochschule ist unser kommunaler Träger der Erwachsenenbildung. Wir wollen die Angebote der Volkshochschule im Bereich politische Bildung noch stärker für sogenannte bildungsferne Schichten öffnen und die Volkshochschule zu einem Ort demokratischer Bildung und Beteiligung machen.

MARBURG MACHEN: SOZIAL, INKLUSIV, GERECHT UND MITEINANDER

Voraussetzung einer guten kommunalen Sozialpolitik ist die Anerkennung und Wertschätzung eines jeden Menschen, unabhängig von seiner aktuellen Lebenssituation. Daraus ergibt sich der Anspruch, dass jede*r ein Recht darauf hat, am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Aufgabe von Sozialpolitik ist, Menschen zu unterstützen, wo sie dies nicht von alleine können und zu ihrem Recht zu verhelfen.

Marburg hat eine sehr breit aufgestellte sogenannte soziale Infrastruktur. Leistungen der Stadt und der freien Träger ergänzen sich einander und bieten Hilfen für den Ausgleich von Nachteilen in unterschiedlichsten Lebenslagen. Darauf können wir stolz sein. Marburg gilt zu Recht als soziale Wiege Hessens. Hier wurden sehr früh Angebote entwickelt, die später in anderen Kommunen und Landkreisen übernommen wurden.

Wir sehen in dieser Vielfalt der Träger ein innovatives Potenzial. Das wollen wir auch für künftige Herausforderungen nutzen, denn: die Problemlagen, mit denen Menschen konfrontiert sind, können sich ändern. Deshalb haben wir die Kooperative Sozialplanung ins Leben gerufen. Aufgabe ist, im Dialog mit allen Akteur*innen die bestehenden Unterstützungsleistungen weiterzuentwickeln sowie neue Bedarfe zu identifizieren und angemessen darauf zu reagieren. Ende 2020 wurde ein sozialpolitisches Leitbild verabredet. Ziel der kooperativen Sozialplanung ist auch Planungssicherheit für die Träger der sozialen Arbeit in Marburg. Darüber hinaus haben wir begonnen, mit den Trägern neue Leistungsvereinbarungen abzuschließen, um das partnerschaftliche Verhältnis von Stadt und Trägern auf eine neue, verlässliche und nachprüfbare Grundlage zu stellen.

Für die Menschen, die Hilfen benötigen, ändert sich dadurch nichts. Die Stadt Marburg steht auch weiterhin an der Seite derer, die Hilfen, Unterstützung und Begleitung benötigen und in Anspruch nehmen wollen. Diese sozialpolitischen Grundsätze verwirklichen wir auch an vielen anderen Stellen unseres Programms zur Kommunalwahl.

Barrierefrei und inklusiv: das sind unsere Grundsätze für Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen, die letztlich aber allen zugutekommen. Die Forderung barrierefreien Bauens ist Daueraufgabe. Die inklusive Schule unser Ziel. Der diskriminierungsfreie Zugang zu Informationen eine Voraussetzung, wenn wir es mit Beteiligung und Mitwirkung an der Gestaltung unserer Stadt ernst meinen.

In Marburg gehören alle dazu. Das gilt auch für Menschen, die aus anderen Ländern kommen, um hier zu arbeiten, und für Menschen, die vor Krieg, Folter, mörderischen Diktaturen, Missachtung der Menschenrechte oder vor Klimakatastrophen und Hunger in Europa Schutz suchen. Das menschenfreundliche Gesicht unserer Stadt nimmt aber erst durch die vielen Initiativen und ehrenamtlich Tätige seine Gestalt an.

In den vergangenen Jahren wurde mit der „Gesunden Stadt“ ein neuer Schwerpunkt der kommunalen Sozialpolitik in Marburg etabliert. Es ist bekannt, dass Menschen mit geringerem finanziellem Einkommen weniger gesund sind und früher sterben. Dies liegt auch

am Zusammenhang von geringem Einkommen bzw. Bezug von Transferleistungen, Teilhabe am sozialen Leben und Inanspruchnahme von Gesundheitsberatung und Gesundheitsvorsorge. Das wollen wir nicht hinnehmen.

Große Herausforderungen sehen wir in der Armut von Menschen, insbesondere von Kindern und Alten. Kindern verbaut Armut den Weg in die Mitte der Gesellschaft und Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Alten Menschen beschert Armut zu oft ein Leben in Einsamkeit. Wir wollen mit unseren Möglichkeiten daran arbeiten, die Folgen von Armut abzumildern und Chancen auf Teilhabe unabhängig von der finanziellen oder sozialen Situation zu ermöglichen.

DAS HABEN WIR VOR:

- Die Gemeinwesenprojekte im Stadtwald, Richtsberg und Waldtal werden wir weiter so ausstatten, dass sie den Bedarfen gerecht werden, neue Herausforderungen annehmen und für ein gutes Zusammenleben im Quartier wirken können. Zurzeit entstehen im Waldtal und im Stadtwald neue Stadtteilzentren und am Richtsberg wird im neuen Altenheim ein Begegnungszentrum integriert. Sie werden das Zusammenleben im Stadtteil stärken. Die Erfahrungen wollen wir auch auf andere Quartiere übertragen.
- Die quartierbezogene Stadtteilarbeit werden wir auf weitere Stadtteile ausweiten und auch hier dabei helfen, den sozialen und kulturellen Zusammenhalt zu stärken. Beginnen werden wir in Cappel.
- Die Gesundheitsversorgung muss zu den Menschen kommen. Dafür entsteht mit dem Gesundheitszentrum im Waldtal ein wichtiges Modellprojekt. Auch hier werden wir Transfermöglichkeiten für andere Stadtteile oder Quartiere erarbeiten.
- Die „Gesunde Stadt“ bildet den weiteren Rahmen für Aufklärung und Prävention vor Krankheit und Vorsorge für ein gesundes Leben.
- Die Arbeit der freien Träger der sozialen Arbeit haben ihren festen Platz in der Stadtgesellschaft. Wir sichern die finanziellen Voraussetzungen, fördern den Austausch und unterstützen bei der Weiterentwicklung von Leistungen.
- Marburg hat ein breites Spektrum von Selbsthilfegruppen. Auch hier werden wir Unterstützung geben, wo sie notwendig ist.
- Wir fördern den Ansatz der aufsuchenden Arbeit, denn wir wollen nicht warten, bis Menschen in schwierigen Lebenssituationen den Weg zu den Hilfsangeboten finden und dabei – leider – immer wieder auch verloren gehen.
- Ambulant vor stationär: wir wollen Problemlagen erkennen und helfen, bevor Situationen so verfahren sind, dass nur noch stationäre Aufnahmen in Hilfseinrichtungen eine Lösung ermöglichen. Das bezieht sich beispielsweise auf die Jugend- und Erziehungshilfe.

- Die Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit chronisch kranken, pflegebedürftigen und/oder beeinträchtigten Eltern oder Geschwistern ist uns ein Anliegen. Wir möchten die Angebotsstruktur in Marburg ausbauen.
- Wir sorgen für niedrigschwellige Zugänge zu den Hilfsangeboten. Dafür arbeiten wir mit Initiativen, Ehrenamtlichen und Betroffenen in den Stadtteilen zusammen und befähigen sie, Problemlagen zu erkennen und sensibel mit den jeweiligen Situationen umzugehen und auf mit den jeweiligen städtischen Fachdiensten zu kooperieren.
- Der Stadtpass ermöglicht kostenlosen oder vergünstigten Zugang zu Angeboten in Sport, Bildung und Kultur sowie für Mobilität (ÖPNV-Fahrkarten) für Menschen mit geringem Einkommen. Wir werden den Stadtpass zu einem Teilhabe-Pass weiterentwickeln, der mehr Menschen erreicht und mehr Angebote einschließt.
- Teilhabe heißt auch, Barrieren abzubauen. Das betrifft bauliche Barrieren genauso wie sprachliche Hürden und Zugänge zu Informationen. Digitalisierung darf keine neuen Hürden aufbauen.
- Wir wollen, dass alle Dokumente der städtischen Verwaltung für den Kontakt mit Bürger*innen in verständlicher Sprache abgefasst sind.
- Wir fördern und fordern in allen Bereichen kommunaler Sozialpolitik – in der städtischen Verwaltung wie bei beauftragten oder bezuschussten Trägern – das leitende Prinzip der Inklusion, das heißt die Gestaltung aller Angebote und Leistungen so, dass sie von möglichst vielen Menschen mit ihren individuellen Befähigungen bzw. Benachteiligungen wahrgenommen werden können.
- Marburg ist sicherer Hafen. Wir setzen uns vor Ort, in allen Gremien unserer Partei und überall da, wo Sozialdemokrat*innen Verantwortung tragen, für den Vorrang der Menschenwürde und Humanität gegenüber Abschottung, Ausgrenzung und Abschiebung ein.
- Wir unterstützen weiterhin die Initiative „200 nach Marburg“. Die große Mehrheit der Marburger*innen hat gezeigt, dass wir die Aufnahme von Menschen auf der Flucht wollen und können. Wir fordern ein kommunales Aufnahmerecht für Flüchtlinge.

MARBURG MACHEN: JUGENDLICHE STÄRKEN

Politik nimmt Jugendliche viel zu oft als „Objekt“ notwendiger Unterstützung, Fürsorge oder der Begleitung auf dem Weg ins Erwachsen-Werden wahr. Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt, dass Jugendliche vorwiegend auf ihr Schüler*innen-Sein reduziert werden, ohne dass ihre Perspektiven ausreichend berücksichtigt waren. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass junge Menschen ihre eigene Stimme deutlicher erheben und dass in der Politik viel stärker die Interessen der jungen Menschen als Ausgangspunkt des Handelns anerkannt sind. Wir wissen, dass die Kolleg*innen der kommunalen Jugendförderung und des Jugendbildungswerks diese Perspektive schon längst einnehmen.

Leitlinie unseres Handelns sind der Jugendbericht des Jahres 2020 und das Gespräch mit den Jugendlichen selbst. Im Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) arbeiten seit über 20 Jahren Schüler*innen verschiedener Schulen und Jahrgangsstufen zusammen. Sie entwickeln Projekte und setzen sich für ihre Interessen ein. Aus gutem Grund hat das KiJuPa in Marburg ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung. Für uns ist das KiJuPa ein weiterer wichtiger Partner und Impulsgeber.

DAS HABEN WIR VOR:

- Angebote und Beteiligung von Jugendlichen wollen wir auf eine neue Grundlage stellen. Deswegen werden wir einen intensiven, wertschätzenden Jugend-Dialog starten. Wir wollen noch besser wissen, welche Bedarfe junge Menschen für ein gutes Leben in der Stadt haben.
- Öffentliche Räume müssen auch für junge Menschen nutzbar sein: als Treffpunkt, als Ort gemeinschaftlichen Handelns, als Ort des Feierns. Wir wollen nicht, dass junge Menschen das Gefühl bekommen, dass zur Verfügung stehende Räume bereits durch Studierende „belegt“ sind.
- Junge Menschen sollen sich aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Raums beteiligen, damit dieser auch ihren Bedürfnissen gerecht wird.
- Jugendarbeit befindet sich in einem steten Wandel. Wir unterstützen junge Menschen darin, neue Formen der Begegnung zu leben. Dabei wird auch die Klärung erfolgen, ob bzw. wie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum ein innovativer Ansatz sein kann und ob bzw. wie sich bestehende Jugendzentren verändern müssen, um attraktiv zu bleiben. Das wollen wir im Dialog gemeinsam mit den jungen Menschen herausfinden und zusammen Lösungen umsetzen.
- Wir wollen jungen Menschen über das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) hinaus mehr Beteiligungsmöglichkeiten geben. Wir unterstützen deshalb die Etablierung eines Jugendbeirats, der wirksam Einfluss nehmen kann. Ein weiteres Instrument sind Online-Befragungen, die speziell die Perspektiven von Jugendlichen im Fokus haben.

- Gerade für junge Menschen ist ein guter ÖPNV wichtig, um Treffpunkte und Orte der gemeinsamen Freizeitgestaltung – etwa am Wochenende – gut und sicher zu erreichen. Dies gilt besonders für die Außenstadtteile und die Stadtteile jenseits der Kernstadt. Deswegen werden wir den Ausbau des ÖPNV auch im Hinblick auf diese Bedarfe voranbringen und Angebote schaffen.
- Wir stehen jungen Menschen beim Übergang von Schule und Beruf auch weiterhin zur Seite. Wir wollen, dass jede*r Jugendliche die Chance auf eine Ausbildung oder ein weiterführendes Bildungsangebot erhält. Gemeinsam mit freien Trägern und den dort verfügbaren Programmen wollen wir Abbrüche in der Ausbildung vermeiden oder im Fall der Fälle bei einem Wechsel des Ausbildungsbetriebs unterstützen. Reicht das nicht aus, werden wir eigene Instrumente entwickeln.
- Für junge Menschen wollen wir ein Wohnheim, das bei Blockunterricht in der Berufsschule oder bei Ausbildungen, die entfernt vom Heimatort in Marburg absolviert werden, zur Verfügung steht.
- Der Wandel in den Ausbildungsberufen macht auch vor der Berufsschule nicht Halt. Wir setzen uns für wohnortnahe Angebote der Berufsschulen ein.
- Wir wollen, dass es auch für Auszubildende ein landesweites Azubi-Ticket analog dem Schüler*innen-Ticket gibt. Dafür setzen wir uns beim RMV und beim Land Hessen ein.

MARBURG MACHEN: KINDER UND FAMILIEN STÄRKEN, GENERATIONEN VERBINDEN

Familie ist, wo Erwachsene mit Kindern zusammenleben. Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Marburg ist eine familienfreundliche Stadt. In vielen Jahren haben wir gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder geschaffen. Das Bündnis für Familie setzt immer wieder Impulse für das gute Zusammenleben. Zugleich erleben wir, dass Veränderungen in der Arbeitswelt mehr und mehr Auswirkungen auf das Leben in Familien haben. Arbeitszeiten werden flexibler, Homeoffice wird vermehrt genutzt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Generationen zusammenstehen und sich in herausfordernden Situationen gegenseitig unterstützen können. Gute Betreuung für Kinder ist für uns in der Marburger SPD seit jeher ein zentrales politisches Anliegen. Das stärkt Familien und schafft Freiräume für Beruf und Alltag. In den letzten Jahren haben wir rund 500 Ganztagsplätze in Kinderkrippen und KiTas geschaffen. Während der Corona-Krise hatten wir durchgängig die höchste Betreuungsquote in Hessen. Wir haben Familien nicht allein gelassen.

Die Lebenswelt von Kindern ist heute wesentlich komplexer und fordernder als in früheren Zeiten. Leistungsdruck und Erwartungen haben sich erhöht. Dagegen steht das Recht der Kinder auf eine sichere und unbeschwerte Lebensphase. Diese Zeit und diese Freiräume zu erhalten – dafür stehen Sozialdemokrat*innen ein.

Die Veränderung der Lebenswelten hat auch Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen. Wir wollen, dass sich alte und junge Menschen in Respekt begegnen und vor allem, dass sie sich gegenseitig als Bereicherung erleben können.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir legen Wert darauf, dass sich Kinder frei und unbeschwert entwickeln können. Dieses Prinzip gilt insbesondere in der pädagogischen Arbeit in den Betreuungseinrichtungen.
- Kinder müssen stark sein. Wir wollen mehr Angebote, die Kindern helfen, sich zu behaupten – in Situationen der Gefahr, der Überforderung, des übergriffigen Verhaltens von Erwachsenen.
- Wir wollen Familien stark machen. Wir wollen mehr Angebote, in denen Unterstützung für gelingende Beziehungen von Erwachsenen und Kindern geleistet wird.
- Wir werden auch in Zukunft die Bedarfe der Kinderbetreuung in allen Altersstufen sicherstellen. Durch mehr Gruppen, durch bessere räumliche Bedingungen und durch den Ausbau von Betreuungsplätzen, um den Bedarfen auch in Zukunft gerecht zu werden.

- Wir wollen auf mittlere Sicht den Ausbau der Kinderbetreuung so voranbringen, dass wir über eine Reserve an Krippenplätzen verfügen. Parallel verfolgen wir das Ziel, die Gebühren auch für die Kinder unter 3 Jahren abzuschaffen.
- Unsere Marburger Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung werden wir fortführen und weiterentwickeln. Das heißt konkret: Gruppengrößen deutlich unterhalb der gesetzlichen Vorgaben, ausreichend Zeit für pädagogische Mitarbeiter*innen und Leitungskräfte für Vor- und Nachbereitung, individuelle Betreuung und pädagogische Weiterentwicklung der Einrichtungen.
- Wir bemessen Personalbedarfe nach pädagogischen Herausforderungen und der Situation in den Quartieren und Stadtteilen. Dort, wo besondere Bedarfe bestehen, steht auch mehr Betreuungspersonal zur Verfügung. Damit kein Kind zurückgelassen wird.
- Die wichtige Arbeit des Bündnisses für Familie wird weitergeführt. Für neue, den Herausforderungen entsprechende Impulse für ein gutes Zusammenleben in den Familien.
- Wir fördern familienfreundliche Arbeitszeit-Modelle. Als Stadt Marburg mit ihren städtischen Unternehmen nehmen wir auch hier eine Vorbildfunktion ein.
- Wir lassen Familien nicht allein. Dort wo notwendig, stehen wir von Beginn an mit begleitenden Hilfen zur Seite.
- Das Mehrgenerationenhaus unterstützen wir auch in Zukunft. Es ist ein Modell für die Begegnung der Generationen – wir wollen prüfen, wie dieses Modell in andere Stadtteile und Quartiere übertragen werden kann.
- Wir wollen den intergenerativen Wissenstransfer fördern. Junge geben ihr Können an Alte weiter und umgekehrt. Alte Menschen verfügen über Wissen und Erfahrungen oder auch „Kulturtechniken“ wie Backen und Kochen oder technisches Können in der Reparatur von Gegenständen, die zunehmend verloren gehen. Dem wollen wir entgegenwirken. Es bieten sich beispielsweise Möglichkeiten für den Austausch in den Stadtteilen oder auch in Kooperation mit Einrichtungen der Altenhilfe.

MARBURG MACHEN: IM ALTER SELBSTBESTIMMT LEBEN

Schon am Begriff scheiden sich manche Geister. Best-Ager? Old-Ager? Senior*innen? Ältere Menschen? „Ich bin doch nicht alt!“, sagen die einen. „Ich fühle mich älter als ich wirklich bin“ die anderen. „Alt zu werden ist nicht schwer, älter sein dagegen sehr.“ Für uns gilt: Jede Lebensphase hat ihre guten, einzigartigen Seiten, genauso wie jede Lebensphase mit besonderen Herausforderungen behaftet sein kann. Für uns geht es darum, für alle ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Spaltung der Gesellschaft setzt sich leider im Alter fort. Die gesundheitlichen Risiken sind nur die eine Seite. Während viele auch mit 70 oder 80 Jahren noch aktiv sind, körperlich fit und belastbar und über ihre Kinder und Enkel auch ein erfülltes Familienleben erfahren können, sind andere durch Krankheiten und körperliche Gebrechen geschwächt, benötigen Pflege, brauchen Hilfen im Alltag und verbringen ihre Tage allein in ihrer Wohnung oder im Heim. Hinzu kommen immer mehr die Auswirkungen unzureichender finanzieller Absicherung im Alter. Renten werden kleiner. Viele müssen jeden Euro zweimal umdrehen. Reisen, Kultur, Ausflüge zu Bekannten, gesunde Ernährung und eine komfortable Wohnung sind dann nicht mehr bezahlbar.

Die Marburger SPD-Fraktion hat noch Ende 2020 den Magistrat aufgefordert, ein Konzept gegen die Auswirkungen der Altersarmut vorzulegen. Wir können die Höhe der Rente nicht bestimmen, doch wir können mit vielen städtischen und ehrenamtlichen Hilfen dafür sorgen, dass niemand im Alter ausgeschlossen wird. Seit vielen Jahren existiert das BiP, das „Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt“ am Rudolphsplatz. Das ist eine wichtige Anlaufstelle für alle, die Hilfen benötigen. In Cappel – als ein konkretes Beispiel ehrenamtlichen Engagements – hat der Verein „ABC – Aktive Bürger/innen Cappel“ seit 2010 ein sehr erfolgreiches, nachahmenswertes Netzwerk für Alt und Jung aufgebaut. Das Mehrgenerationenhaus am Lutherischen Kirchhof unterstützen wir seit vielen Jahren.

Den Rahmen unserer Politik des „Gut älter werden in Marburg“ gibt der Strategie- und Aktionsplan für die Kommunale Altenplanung von 2019. Was sich sehr technisch anhört, ist das Ergebnis intensiver Diskussion und des guten Zusammenwirkens von vielen Akteur*innen und Betroffenen. Es benennt klar die Verantwortlichkeiten, Handlungsschritte und Ziele. Wir, die Marburger SPD, sprechen allen unsere Anerkennung für ihr großes Engagement aus.

Trotz all der Initiativen in den Stadtteilen und der professionellen Hilfe gibt es Menschen, die nicht erreicht werden. Auch das benennt das Konzept „Gut älter werden in Marburg“. Sie schämen sich ob ihrer Armut, haben den Mut verloren vor die Tür zu gehen. Für diese Menschen haben wir ein ehemaliges Modellprojekt zusammen mit einem freien Träger verstetigt und weiterentwickelt. Darüber hinaus gibt es seit 2019 in den

westlichen Stadtteilen die „Gemeindeschwester 2.0“ – ein Handlungsansatz, der ebenfalls Versorgungslücken für alte Menschen schließt.

Bei allen notwendigen Hilfen für alte Menschen bleibt es dabei: Wir haben Achtung vor der Lebensleistung alter Menschen und wir schätzen ihr Wissen und ihre Erfahrungen. Ein Leben in Selbstbestimmung ist keine Phrase, sondern wie für andere gesellschaftliche Gruppen auch unser zentrales sozialpolitisches Ziel. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen, so gut wir das als Kommune können.

Mit der Altenhilfe St. Jakob verfügen wir über eine städtische Einrichtung, in der wir im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst mitbestimmen, wie das Leben im Alter in stationären Einrichtungen gestaltet wird. Schon das Haus in Cölbe mit seinen Hausgemeinschaften wurde vom Kuratorium Deutsche Altershilfe als wegweisend bezeichnet. 2020 hat der Neubau des Altenzentrums am Richtsberg begonnen. Auch hier werden wir neue Standards setzen.

DAS HABEN WIR VOR:

- Die Vermeidung der Folgen von Altersarmut wird in den nächsten Jahren im Zentrum unseres Handelns stehen.
- Wir wollen Beratungs- und Hilfsangebote so weiterentwickeln, dass alte Menschen die ihnen zustehenden Hilfen auch in Anspruch nehmen.
- Unterstützung für alte Menschen erfordert in besonderem Maß einen stadtteil- und quartierbezogenen Ansatz, der viele Akteur*innen einbezieht, Vertrauen und Sicherheit aufbaut und zu den Menschen hingeht.
- Hierfür werden wir die Erfahrungen der Initiativen vor Ort, der Handlungsansätze „In Würde teilhaben“ und „Gemeindeschwester 2.0“ auswerten und ausweiten.
- Ein weiterer Schwerpunkt der kommenden Jahre wird die Gestaltung und Nutzung von Begegnungsmöglichkeiten sein, ganz gleich ob in geschlossenen Räumen oder auf öffentlichen Plätzen. Sie sind Treffpunkte, ermöglichen Kommunikation und bereichernde Begegnungen, Austausch und Miteinander.
- Der im August 2019 verabschiedete dritte Strategie- und Aktionsplan „Gut Älterwerden in Marburg“ benennt wichtige weitere Handlungsfelder, die unser Handeln bestimmen: Ambulante und stationäre Hilfen, Sport, Gesundheit, Alltagshilfen, Pflege, Wohnraumentwicklung.
- Wir wollen mehr generationenübergreifende Projekte. Beim gemeinschaftlichen Wohnen, beim intergenerativen Lernen – der Weitergabe von Wissen von Alt zu Jung und Jung zu Alt, bei Kultur und Freizeitgestaltung. Hier werden wir entsprechende Initiativen fördern.
- Wir wollen eine Ombudsperson, die an der Seite älterer Menschen steht, wenn es einmal Probleme mit Behörden, Ämtern oder der städtischen Verwaltung gibt. Die Ombudsperson kann erklären, vermitteln und bei der Wahrnehmung der eigenen Rechte behilflich sein.

- Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass für Menschen, die mit dieser Technik nicht vertraut sind, abgehängt werden. Alle Angebote und Dienstleistungen wird es deshalb auch in Zukunft „analog“ geben. Zugleich werden wir die Online-Kompetenz der älteren Menschen fördern.
- Das Haus der Marburger Altenhilfe St. Jakob am Richtsberg machen wir zu einem Ort des guten Lebens im Alter und der Begegnung der Generationen. Das Begegnungszentrum wird mit vielfältigen Angeboten für den Stadtteil zu einem weiteren Baustein der sozialen Versorgung am Richtsberg.
- Handlungsansätze, die alten Menschen helfen, am Leben teilzuhaben, wirken auch für andere Gruppen und umgekehrt: Barrierefreiheit, Mobilität und Zugang zum ÖPNV, verständliche Sprache in Informationen und Schreiben der Verwaltung, Gestaltung des öffentlichen Raums vor dem Hintergrund des Klimawandels (mehr Grün, mehr Schatten, mehr Möglichkeiten zum Ausruhen, Wasserspender).

MARBURG MACHEN: KULTUR FÜR ALLE

„Kultur für alle!“ Das gilt in Marburg. Kultur ist Lebenselixier. Für uns gehören alle Formen dazu. Angefangen vom Gesangverein über Theatergruppen in den Stadtteilen über die breit aufgestellten Angebote der soziokulturellen Zentren KFZ, Waggonhalle und am ehemaligen Gaswerk, die Chöre mit Spitzenleistungen, Orchester – ganz gleich ob Studierenden-Sinfonie-Orchester oder die Orchester der Feuerwehr –, freie Theater und das Hessische Landestheater, Galerien und Kunsthalle, Film und Kino, Museen der Universität, Archive, Bibliotheken und Sammlungen, Diskussionsrunden... bis hin zu alternativen, innovativen Formen wie Impro-Theater, Poetry- und Science-Slam, Straßenmusik oder Graffiti-Kunst, Club-Kultur und freie, selbst organisierte Angebote.

Kultur muss sein. Gerade in der Corona-Krise haben wir gemerkt, was uns fehlt. Kultur ohne Publikum und Publikum ohne Kultur ist für beide Seiten eine große Belastung. Wie stark die Kultur in Marburg ist – auch das hat die Corona-Krise gezeigt. Das Stadtgeld und der Förderungen im Corona-Hilfsprogramm #MarburgMiteinander, der „Sommer in der Stadt“ haben dafür gesorgt, dass niemand auf der Strecke geblieben ist. Deshalb ist die Kulturförderung für uns selbstverständlich, und wir werden gemeinsam mit den Kulturschaffenden immer wieder neue Wege und Lösungen für gute Perspektiven erarbeiten.

So vielfältig die Menschen in der Stadt sind, so vielfältig sind die Bedürfnisse, sich durch Kunst, Literatur, Musik, Tanz, Theater, akademischen Diskurs oder Feste und Feiern auszudrücken. Kultur bedeutet immer Gemeinschaft und Dialog, Auseinandersetzung mit Menschen und den Themen der Zeit, Bildung der eigenen Persönlichkeit, Förderung von Talenten. Und: Kultur muss Spaß machen, Freude bereiten, einladend sein, zum Mitmachen anregen. Es mag Hochkultur geben, Volkskultur und Subkultur – alle haben ihre Berechtigung. Die Stadthalle, das „Haus der Stadtgesellschaft“ heißt nicht umsonst Erwin-Piscator-Haus: Erwin Piscator ging in den 1920er Jahren neue Wege, war innovativ, hat unterschiedliche Formen miteinander verbunden, löste die Grenzen zwischen Darsteller*innen und Publikum auf. Er war bedeutender Theaterpädagoge. Kultur ist nie starr und abgeschlossen, sondern entwickelt sich weiter.

Kultur wird immer von Menschen gemacht. Deshalb war es uns in der Corona-Pandemie wichtig, die „Kultur-Schaffenden“ nicht im Regen stehen zu lassen. Denn die Menschen, die Kultur schaffen, machen das immer mit großem persönlichem Einsatz, oft sogar im Ehrenamt. Wer Kultur zu seinem Beruf gemacht hat, nimmt oft genug geringe Entlohnung, ungenügende soziale und finanzielle Absicherung in Kauf. Deshalb haben wir auch hier eine besondere Verantwortung.

In Kunst und Kultur gilt noch mehr als anderswo: Nicht alles muss allen gefallen. Unsere Aufgabe ist es aber, allen die Freiräume zu öffnen, die Menschen brauchen, um sich über Kunst und Kultur auszudrücken, mit anderen Menschen in den Dialog zu treten und damit das Leben in unserer Stadt zu bereichern.

DAS HABEN WIR VOR:

- Das Hessische Landestheater und die Musikschule benötigen neue, bessere räumliche Bedingungen. Der Erfolg des Erwin-Piscator-Hauses als Veranstaltungsort hat dazu geführt, dass es nicht mehr in früherem Umfang vom Hessischen Landestheater genutzt werden kann. Die Gebäude am Schwanhof haben erhebliche bauliche Mängel. Deshalb werden wir in der neuen Wahlperiode eine Standortentscheidung und eine realistische Perspektive der Umsetzung mit allen Akteur*innen und guter Beteiligung herbeiführen.
- Das Marburger Kulturforum hat sich als fester Ort des Austauschs all derjenigen etabliert, die in Marburg aktiv am kulturellen Leben teilhaben. Das Kulturforum werden wir in seiner Rolle für die weitere Entwicklung der kulturellen Angebote stärken.
- Wir wollen die finanzielle Förderung auf neue, verlässliche Beine stellen. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kulturschaffenden und Initiativen einen Kultur-Entwicklungsplan erarbeiten. Analog der kooperativen Sozialplanung geht es auch darum, neue kulturelle Bedarfe, neue Trends zu identifizieren und das kulturelle Leben in der Stadt zu bereichern.
- Wir wollen eine „Kultur-Kümmerei“ etablieren. Sie wird neben der Unterstützung durch das Kulturamt sowohl bei der Einwerbung von zusätzlichen Kulturfördermitteln des Bundes, des Landes und anderer Geldgeber helfen als auch ein Netzwerk für gegenseitige Unterstützung und Beratung bilden.
- Viele Kulturschaffende sind von Altersarmut bedroht – dagegen wollen wir einen Beitrag leisten. Wir haben ein Modell entwickelt und umgesetzt, das kulturelle Förderung mit einem Beitrag zur Alterssicherung für hauptberuflich Kulturschaffende verbindet. Das wurde auch bundesweit viel beachtet. Deshalb werden wir dieses Modell ausbauen und bei anderen Kommunen um Nachahmung werben.
- Die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen (Musikschule, Kunstschule, freie Träger) werden wir auch in Zukunft finanziell unterstützen.
- Kultur muss dort sein, wo die Menschen wohnen. Deshalb fördern wir insbesondere auch Angebote, die in den Stadtteilen und Quartieren zu Hause sind.
- Kultur braucht Raum – und Räume. Deshalb werden wir ein zentrales Raum-Management anlegen, das insbesondere die freien Initiativen, Bands und Musiker*innen, Theater- und Kreativ-Gruppen bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützt.
- Die soziokulturellen Zentren KFZ, Waggonhalle und Café Trauma mit TNT und weiteren Initiativen sind elementare Bestandteile des Marburger Kulturlebens. Sie bedienen wichtige Zielgruppen und haben ihre eigenen, unverwechselbaren Profile entwickelt. Sie bieten Orte der Begegnung für unterschiedliche Gruppen unserer Stadtgesellschaft. Die Arbeit der soziokulturellen Zentren darf nicht ins Belieben politisch einseitiger Haltungen gestellt werden.

- Kultur muss im öffentlichen Raum sichtbar sein. Hierfür werden wir mehr Möglichkeiten schaffen.
- Die Zeiteninsel Argenstein ist ein herausragender Ort der lokalen Kulturgeschichte und Ort außerschulischer Bildung. Wir bleiben dauerhafter Partner mit verlässlicher finanzieller Unterstützung.
- Kultur wird digital: Wir werden sorgfältig diskutieren und abwägen, ob ein Stadtmuseum digital verwirklicht werden kann und welche Aspekte ein neues Stadtmuseum beinhalten sollte. Erste konzeptionelle Überlegungen werden bereits mit dem Haushalt 2021 finanziert.
- Das Stadtjubiläum Marburg800 im Jahr 2022 wird der kulturelle Höhepunkt der nächsten Zeit sein. Marburg800 ist auch ein kulturelles Labor, das über das Jubiläumsjahr hinauswirkt. Wir werden dafür sorgen, dass die Impulse, die Marburg800 setzt, nicht verloren gehen, sondern das Leben der Menschen in Marburg und der Region dauerhaft bereichern.

MARBURG MACHEN: MITEINANDER IN VEREINEN UND INITIATIVEN

Vereine gehören für das Miteinander einfach dazu. Hobbies werden miteinander gelebt, Begabungen entwickelt und gefördert. Engagement für andere Menschen findet ganz überwiegend in Vereinen und Initiativen statt. Das Miteinander im Verein oder in der Bürger*innen-Initiative macht nicht zuletzt auch Spaß und gibt Sinn. Das Leben in der Stadtgesellschaft ist ohne Vereine und Initiativen nicht vollständig. Deshalb findet es immer die Unterstützung der Marburger SPD, wenn sich Menschen zusammentun und sich über eine gemeinsame Aufgabe, ein Thema, ein Hobby, eine Begabung das Miteinander fördern und den Zusammenhalt stärken.

Neue Themen, neue Aufgaben werden oft zuerst von Vereinen und Initiativen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Wir sind bestrebt, dies in unser politisches Handeln einfließen zu lassen. Engagement im Verein oder der Initiative findet meist ehrenamtlich statt. Das verdient Respekt, Anerkennung und Unterstützung.

Insbesondere im sozialen Bereich werden viele Leistungen durch das Ehrenamt erbracht. Nachbarschaftshilfe, Pflege, Begleitung älterer Menschen, Betreuung von Kindern sind einige Beispiele. Dies kann nicht hoch genug wertgeschätzt werden. Wir wehren uns zugleich gegen Tendenzen, Aufgaben des Staates auf das Ehrenamt abzuwälzen. Vielmehr wollen wir ein partnerschaftliches, vertrauensvolles Miteinander, in dem jede*r seine spezifischen Kompetenzen einbringen kann.

Vereinsleben braucht Räume. Aktuell sind wir dabei die Bürgerhäuser in den Stadtteilen fit zu machen für Nutzungen, die immer vielfältiger werden und flexible Möglichkeiten brauchen. Auch der öffentliche Raum wird vom Vereinsleben genutzt, etwa bei Straßenfesten oder kulturellen Veranstaltungen. Das werden wir auch in Zukunft sicherstellen.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir unterstützen Vereine bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen. Wichtige Partnerin ist hierbei die Freiwilligen-Agentur mit Beratung und Qualifizierung
- Für die Nutzung des öffentlichen Raums fallen oftmals hohe Gebühren an, insbesondere bei einmaligen Veranstaltungen. Wir wollen mit den Vereinen ein Modell entwickeln, um die Belastungen zu senken.
- Wir werden ein zentrales Verzeichnis von Räumen für alle Formen von Ehrenamt und Vereinsaktivitäten erstellen, um bestehende und neue Gruppe bei der Suche nach geeigneten Räumen zu unterstützen und die zahlreich vorhandenen städtischen Liegenschaften optimal zu nutzen. Dabei bleibt die Vergabe von Bürgerhäusern in den Stadtteilen in der Letztentscheidung vor Ort.
- Digitalisierung macht auch vor dem Ehrenamt nicht Halt. Wir unterstützen bei der Nutzung digitaler Möglichkeiten und dem Aufbau digitaler Kompetenzen.

- Viele Vereine und Initiativen können von Fördergeldern profitieren. Wir werden eine Stelle schaffen, die Vereinen bei den oft sehr komplizierten Beantragungen und Abrechnungen von Fördergeldern unterstützt.
- Die Ehrenamts-Card dient der Anerkennung der ehrenamtlich erbrachten Leistungen. Wir werden die Ehrenamts-Card weiterentwickeln und noch attraktiver machen.
- Vielfalt, Antidiskriminierung und Antirassismus soll in allen Vereinen und Initiativen gelebt werden. Dies zu erreichen, werden wir unterstützen. Die Vereinsförderung verknüpfen wir verstärkt mit den Zielen der Geschlechtergerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit – selbstverständlich so, dass auch weiterhin alle in den Genuss der kommunalen Vereinsförderung kommen.

MARBURG MACHEN: AKTIV UND SPORTLICH

Marburg ist eine Stadt des Sports – Sportstadt Marburg! Marburg ist in Bewegung. Ob in Vereinen oder individuell. Ob im Spitzensport oder im Breitensport. Sport ist gesund, inklusiv, integrativ und Sport macht Spaß. Sport fordert heraus: Die eigenen Grenzen kennen und überwinden, gemeinsam im Team erfolgreich sein, aber auch Niederlagen gemeinsam verkraften. Den „inneren Schweinehund“ überwinden und aktiv sein oder werden. Für alle sportlichen Ambitionen gibt es in Marburg vielfältige Angebote und gute Sportstätten.

Der Sport steht aber auch vor Herausforderungen. Wir erleben, dass Menschen aus benachteiligten Gruppen weniger häufig sportlich aktiv sind. Das kann insbesondere für Kinder und Jugendliche negative Auswirkungen haben, denn Sport ist auch Förderung der Gesundheit, der Motorik, des sozialen Verhaltens und der Stärkung des Selbstbewusstseins. Sport integriert Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen genauso wie Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiographie. Deshalb ist Marburg eine von bundesweit sechs Modellkommunen im Programm „Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Empfehlungen“ – kurz: KOMBINE. Weil wir auch beim Sport niemanden im Abseits stehen lassen wollen.

Zugleich sind wir durch Berichte über die Zunahme von Aggressivität und Gewalt auf den Spielfeldern beunruhigt. Immer wieder werden auch Schiedsrichter*innen angegangen und beleidigt. Das darf nicht sein. Angesichts der sinkenden Bereitschaft, die Aufgabe des*der Unparteiischen zu übernehmen, verdient diese Aufgabe nicht nur unsere Wertschätzung, sondern noch viel mehr unsere Unterstützung. Gleiches gilt übrigens auch für Übungsleiter*innen.

Die weitere Entwicklung der Sportflächen wird seit vielen Jahren diskutiert. Leider verengt sich die Debatte allzu oft auf die Größe der Sporthallen. Richtig ist, dass durch die Ausweitung der Zeiten, in denen Hallen und Plätze durch Schulen belegt sind, die zeitlichen Spielräume für Vereine manchmal enger sind. Deshalb werden wir den Zubau von Sportflächen prüfen und vor allem für Verbesserungen bei der Nutzung vorhandener Flächen suchen.

Die Sportvereine sind auch in Marburg das Rückgrat für alle Angebote. Den Aktiven und den vielen Ehrenamtlichen gilt unser besonderer Dank. Der Fachdienst Sport ist seit vielen Jahren ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner. Der Sportkreis Marburg vertritt zusätzlich die Interessen der Vereine. Deshalb steht für uns die Kontinuität der Sportförderung außer Frage. Zusätzliche Unterstützung bieten wir darüber hinaus immer dann, wenn sich Vereine und Sporttreibende an den gesellschaftlichen Aufgaben der Integration, der Förderung von Mädchen in klassischen Männer-Sportarten oder der Bewegungsförderung benachteiligter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener engagieren. Sport ist in Bewegung. Während der Fußball sicherlich die größte Aufmerksamkeit hat, zählen Erfolge unserer Vereine in Sportarten jenseits des Mainstreams umso mehr. Marburg ist beispielsweise spitze im Frauen-Basketball, im American Football, im Rhönrad

und im Goalball. Das wollen wir noch mehr voranbringen. Darüber hinaus entwickeln sich immer wieder auch neue Sportarten. Deshalb wollen wir die Sportstadt Marburg zu dem Ort in Hessen machen, der Anziehungspunkt für Sportarten jenseits des Mainstreams und für neue Trendsportarten ist. Hierfür wollen wir in Marburg gute Bedingungen schaffen.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir werden die städtischen Sportstätten und Bäder unseren Vereinen auch in Zukunft kostenfrei zur Verfügung stellen.
- Flutlichtanlagen werden, sofern noch nicht geschehen, nach und nach mit LED-Technik ausgestattet.
- Auf Grundlage des aktualisierten Sportentwicklungsplans wollen wir des Weiteren prüfen, ob und wo neue Sportstätten geschaffen werden können oder sollen.
- Ein transparentes, für alle zugängliches Hallenbelegungs-Management wird die Nutzung der freien Zeiten für alle verbessern und damit Sportflächen für alle zur Verfügung stellen.
- In Michelbach werden wir endlich mit dem Bau einer neuen Sporthalle beginnen.
- Sporthallen und die entsprechend genutzten Bürgerhäuser sind in erster Linie für Schulen und Vereine da. Andere Nutzungen, die nicht dem Gemeinschaftsleben im Quartier oder wichtigen Veranstaltungen dienen, müssen hintenan stehen.
- Die Sporthallen im Sportpark am Georg-Gaßmann-Stadion werden wir baulich miteinander verbinden und dadurch zusätzliche Sportflächen schaffen.
- Sport braucht Unparteiische. Gemeinsam mit den Vereinen und dem Sportkreis Marburg entwickeln wir ein Konzept zur Förderung von Schiedsrichter*innen.
- Das Modellprojekt KOMBINE entwickeln wir weiter mit dem Ziel, mehr Menschen zum Mitmachen beim Sport zu gewinnen – unter anderem mit niedrigschwelligen und kultursensiblen Angeboten.
- Marburg soll ein Zentrum für neue Sportarten werden und damit ein Alleinstellungsmerkmal als Sportstadt erarbeiten. Das werden wir gezielt fördern.
- Das Georg-Gaßmann-Stadion werden wir so ertüchtigen, dass es Austragungsort für die Bundesliga im Blinden-Fußball werden kann.
- Die Sportanlagen werden wir so ertüchtigen, dass die neue Sportart 3x3-Basketball gespielt werden kann. 3x3-Basketball ist 2021 erstmals olympische Sportart.
- Das Georg-Gaßmann-Stadion als größte Marburger Sportstätte wollen wir barrierefrei ertüchtigen, damit noch mehr Menschen hier Spaß am Sport haben können.
- Wir wollen ein neues Konzept zur Förderung der Aktiven und der Vereine im Leistungssport entwickeln. Ziele sind die nachhaltige Förderung der Sportarten und die Möglichkeit, mehr Veranstaltungen im Leistungssport in Marburg zu ermöglichen. Das hat zugleich positive Auswirkungen für Hotels und Gaststätten und die Anziehungskraft Marburgs für den Tourismus.

MARBURG MACHEN: RETTEN – LÖSCHEN – SCHÜTZEN – BERGEN

In Notlagen brauchen wir Hilfe. Dafür verfügen wir in Marburg über eine gute Infrastruktur und eine ausgezeichnete Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen: Die Rettungsdienste (vor Ort mit Rettungsstationen präsent: Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft), die Feuerwehren mit den Freiwilligen Feuerwehren, dem städtischen Fachdienst Brandschutz und den Werksfeuerwehren am UKGM und am Pharma-Standort, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und dem Technischen Hilfswerk (THW).

Der Einsatz der Rettungskräfte verdient allergrößten Respekt. Ganz gleich ob es sich um hauptamtliche Kräfte wie bei den Rettungsdiensten handelt oder bei den ehrenamtlich Engagierten in THW, DLRG und Feuerwehr: Die Männer* und Frauen* sind rund um die Uhr für unsere Sicherheit da, setzen unter Umständen ihr Leben auf's Spiel und sind körperlichen wie besonders auch psychischen Belastungen ausgesetzt. Umso mehr akzeptieren wir nicht, dass Beschimpfungen oder gar körperliche Gewalt gegen Rettungskräfte und Behinderungen im Einsatz für Menschenleben so stark zugenommen haben. Aus gutem Grund hat die Kampagne „Marburg zeigt Respekt“ hierauf reagiert.

Leitschnur unseres Handelns für die Feuerwehren ist der Feuerwehr-Bedarfs- und Entwicklungsplan. Wir sehen dabei, dass es jedes Jahr eine Kraftanstrengung ist, die notwendigen Finanzmittel für Ausstattung, Gebäude und Fahrzeuge aufzubringen. Gleichwohl gilt: Wer seine Freizeit und mithin sein Leben für die Sicherheit und Rettung anderer einsetzt, muss alle Mittel zur Verfügung haben, die dafür notwendig sind.

Dabei denken wir aber nicht nur an die Feuerwehr. Etwas weniger beachtet, aber genauso wichtig ist die DLRG, die ebenfalls eine große Zahl an Einsätzen für Menschen in Not aufweist.

Allen Rettungsdiensten ist gemeinsam, dass sie kontinuierlich Nachwuchs gewinnen müssen, um ihre Aufgaben für die Allgemeinheit sicherstellen zu können. Wir wollen, dass insbesondere Mädchen und Menschen mit Migrationsbiographie noch mehr aktiv werden, so dass auch bei den Rettungsdiensten die ganze Vielfalt der Gesellschaft beteiligt ist. Marburg ist sowohl für die Feuerwehr als auch für die DLRG ein bedeutender Schulungsstandort. Für die Feuerwehr entsteht die neue Landesfeuerweherschule in Cappel. Die DLRG war bislang auf die Jugendherberge angewiesen. Wenn hier nicht absehbar eine Perspektive auf den Neubau der Jugendherberge gelegt wird, müssen andere Lösungen gefunden werden, um den hessenweiten DLRG-Schulungsstandort nicht zu verlieren.

DAS HABEN WIR VOR:

- Die technische und räumliche Ausstattung der Rettungsdienste werden wir weiter mit hohen finanziellen Mitteln sicherstellen.

- Der Grundsatz des Freiwilligenprinzips bei der Feuerwehr steht nicht zur Disposition.
- Wir wollen die Kampagnen der verschiedenen Rettungsdienste um Nachwuchs ausweiten und den Einsatz für die Mitmenschen in den verschiedenen Hilfsbereichen sowie die vielfältigen technischen Möglichkeiten genauso herausstellen wie die nationalen und internationalen Begegnungen in den Verbänden von Feuerwehr, DLRG und THW.
- Wir prüfen, ob (weitere) Anreize und intensivierete Öffentlichkeitsarbeit hilfreiche Impulse für die Gewinnung des Nachwuchses geben können.
- Die bestehenden Bildungs- und Motivationsangebote für Kinder und Jugendliche werden wir auf alle Rettungsdienste ausweiten.
- Parallel werden wir bei Arbeitgeber*innen kontinuierlich dafür werben, dass der ehrenamtliche Einsatz für die Rettungsorganisationen ein Dienst an der Allgemeinheit ist, der im Fall der Fälle auch ihnen zugutekommen würde. Freiwilligkeit im Rettungsdienst geht nur, wenn dies von Arbeitgeber*innen unterstützt und wertgeschätzt wird.
- Gemeinsam mit den Rettungsdiensten wollen wir die Sicherheit in der Stadt erhöhen. Neben dem konsequenten Ausbau der Laien-Defibrillatoren wollen wir gemeinsam dazu beitragen, dass die Beherrschung von lebensrettenden Sofortmaßnahmen in der Bevölkerung kontinuierlich zunimmt.

MARBURG MACHEN: MIT SICHERHEIT

„Gewalt ist nicht akzeptabel – Die Universitätsstadt Marburg spricht sich gegen Gewalt sowie deren Androhung aus.“ So hat es bereits 2014 die „Marburger Erklärung gegen Gewalt“ als Selbstverpflichtung formuliert. Die Marburger SPD gehörte zu den ersten Unterzeichner*innen – gemeinsam mit 450 Privatpersonen und 100 Unternehmen, Vereinen und Institutionen.

Die Entstehung von Gewalt vermeiden und vor Gewalt schützen ist die Grundlage unseres politischen Handelns. Hierfür gibt es in Marburg seit vielen Jahren eine gute Zusammenarbeit: Neben der Polizei und den Ordnungsbehörden sind dies auch und gerade viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Universität und die städtischen Fachdienste. Die Verhinderung von Gewalt – körperliche Angriffe, Beschädigung von Sachen und Raub, psychische Gewalt wie Mobbing – kann nur erfolgreich gelingen, wenn niemand wegschaut und jede*r weiß, wie man sich bei Androhung von Gewalt gegen sich oder andere verhalten kann. Prävention steht deshalb an oberster Stelle.

Trotzdem gibt es Gewalt und Kriminalität in Marburg. Viele Menschen erleben subjektiv die Zunahme von Gewalt, auch wenn die Statistik anderes sagt. Wir sind sensibler geworden gegen Gewalt und andere Formen der Beeinträchtigung des Wohlempfindens, und das ist gut so. Deshalb war die Etablierung der Stadtpolizei mit erweiterten Befugnissen richtig, um schnell und wirksam gegen Alltagsgewalt vorgehen zu können. Gewalt macht sich nämlich auch immer dann breit, wenn Täter*innen davon ausgehen, dass ihr Verhalten unerkant bleibt und sie mit keinen Sanktionen rechnen müssen.

DAS HABEN WIR VOR:

- Wir unterstützen die lokalen Akteur*innen auch weiterhin darin, präventiv gegen Gewalt vorzugehen. Das Netzwerk „Einsicht gegen Gewalt“ hat hier weiterhin eine wichtige, koordinierende Aufgabe.
- Prävention von Gewalt bedeutet unter anderem die Selbststärkung von Menschen, die häufig Opfer von Gewalt sind: Kinder und Jugendliche sowie Frauen. Die wichtige Arbeit der verschiedenen Initiativen (Wendo, Frauenhaus, Kinderschutzbund und andere) muss auch finanziell abgesichert sein, die städtische Jugendhilfe muss ihre professionellen Strukturen und ihre Netzwerke gut zum Einsatz bringen.
- Das auch von der Europäischen Union geförderte Projekt „Marburg gegen Partnergewalt“ arbeitet gegen die oft nicht sichtbare, häusliche Gewalt. Die wirksamen Handlungsansätze werden wir auch nach Auslaufen der Förderung verstetigen.
- Wir wollen künftig die Präsenz der Jugendhilfe und der Ordnungskräfte an den Orten, die als – immer wieder auch wechselnde – sogenannte Hotspots von Gewalt und Sachbeschädigung gelten.

- An sogenannte Brennpunkten von Sachbeschädigung und Ruhestörung werden wir prüfen, wie das Konzept der „Freundlichen Uffbasser“ zur Konfliktschlichtung zusätzliche Wirkungen der Vermeidung von Gewalt und Sachbeschädigung erreichen kann.
- Das vom Frauennotruf Münster entwickelte Konzept „Ist Luisa hier“ soll vor sexualisierter Gewalt schützen und ist ein niedrigschwelliger Ansatz der Prävention in Gaststätten, Kneipen und Clubs, das durch die Mitwirkung des jeweiligen Personals vor Gewalt schützt. Das möchten wir nach Marburg übertragen.
- Wir werden systematisch potenzielle Angsträume in Marburg identifizieren und durch bauliche Maßnahmen wie Beleuchtung oder Platzgestaltungen entschärfen. Die Erfahrungen des Notrufs im Jägertunnel werden wir auswerten und auf andere Orte übertragen.
- Bei künftigen baulichen Maßnahmen, etwa der Gestaltung von Plätzen und Wegen, wird die Sicherheit der Nutzer*innen besonderes Augenmerk haben. Hierfür soll es einen Kriterien-Katalog geben, der jeweils zur Anwendung kommt.

Die Marburger SPD – Stadtverband Marburg

Biegenstraße 33

35037 Marburg

Tel.: (0 64 21) 1 69 90 - 0

Fax: (0 64 21) 1 69 90 - 18

Mail: geschaeftsstelle@spd-marburg.de

www.spd-marburg.de

www.facebook.com/spd.marburg.de

